

len aus russischen Archiven in Auftrag: „Dokumentation zur sowjetischen Deutschlandplanung während des Zweiten Weltkrieges (1944/45) und zu den Anfängen der Besatzungsherrschaft in der SBZ (1945)“ (Jan Lipinsky); „Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/54“ (Jan Foitzik).

b) *Bericht*

1. *Konstituierung der Diktatur und ihre Rahmenbedingungen 1945–1949*

1.1. *Historische Grundlagen*

Wesentliche Grundlage der über vierzigjährigen SED-Diktatur war der totalitäre Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten. Die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und damit für die Teilung Deutschlands schuf jedoch die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkrieges. Vor dem Hintergrund einer totalen Militarisierung der deutschen Gesellschaft haben Hitler und seine Partei niemals einen Zweifel daran gelassen, daß die Errichtung ihres „Großgermanischen Reiches deutscher Nation“ auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden sollte. Begünstigt durch das Komplizenhafte Verhalten Stalins, entfesselten sie am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen den Krieg in Europa, der zwei Jahre später – durch den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und den Angriff Japans auf Pearl Harbour – zum Weltkrieg ausgeweitet wurde. In seinem Verlauf ist das deutsche Volk durch die systematische Judenvernichtung („Holocaust“) und durch die rücksichtslose Ausbeutung der eroberten Länder mit schweren Hypotheken belastet worden.

Die deutsche Expansionspolitik zwang die Großmächte Großbritannien, Sowjetunion und USA im Jahre 1941 zu jenem „seltsamen“ Bündnis, dem es schließlich vier Jahre später gelang, den deutschen Aggressor und seine Verbündeten niederzuwerfen. Das Zusammentreffen amerikanischer und sowjetischer Truppen am 25. April 1945 an der Elbe bei Torgau symbolisierte nicht nur den totalen Zusammenbruch des „Dritten Reiches“, sondern auch die Tatsache, daß das weitere Schicksal des besetzten Deutschland vor allem von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abhängen würde.

Deutschland hatte 1945 nicht nur eine militärische Niederlage erlitten, sondern mußte auch mit Gebietsverlusten im Osten rechnen, die mit einer massenhaften Vertreibung der deutschen Bevölkerung eingeleitet wurden. Es war von der NS-Diktatur befreit, aber auch den Besatzungsmächten bedingungslos ausgeliefert. Die in der Ära Bismarck gewonnene Großmachtstellung, die bereits

durch den Ersten Weltkrieg geschwächt worden war, hatte es selbstverschuldet vollends verspielt.

Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die oberste Regierungsgewalt in Deutschland („Berliner Erklärung“). Deutschland war damit zwar nicht als Völkerrechtssubjekt ausgelöscht, aber faktisch und rechtlich zum Objekt der vier Siegermächte geworden. Deren gegensätzliche Zielsetzungen und widerstrebenden Interessen machten es zunehmend unmöglich, zu einer gemeinsamen Grundlage für die zunächst vereinbarte einheitliche Behandlung Deutschlands zu gelangen. Die Einteilung in Besatzungszonen begann sich zur politischen Teilung zu verfestigen.

Während des Kalten Krieges – dessen Ursachen in der Geschichtsforschung zwar umstritten, dessen Auswirkungen auf das Deutschlandproblem aber unbestreitbar sind – wurden die beiden Teile Deutschlands, die westliche Besatzungszonen und die sowjetisch besetzte Zone, in die Wert- und Ordnungsvorstellungen der Besatzungsmächte eingebunden; sie gerieten in den „Sog der Systeme“ (Theodor Eschenburg). Dieser Systemkonflikt, in den später auch die beiden deutschen Staaten einbezogen worden sind, prägte die deutsche Teilungsgeschichte: In den drei Westzonen wurde schrittweise die Soziale Marktwirtschaft aufgebaut, vor allem aber die politische Demokratie und eine rechtsstaatliche Ordnung eingeführt. Damit wurden zugleich die Voraussetzungen für die Integration in das demokratische Westeuropa geschaffen. Der Bevölkerung der SBZ/DDR dagegen wurde schrittweise das politische System der kommunistischen Diktatur, einschließlich der zentralgesteuerten Staatswirtschaft, aufgenötigt.

Vor diesem historischen Hintergrund hat sich die Enquete-Kommission mit Fragen auseinandergesetzt, die jahrzehntelang in Forschung und Publizistik umstritten waren: Welche Entwicklungen verhinderten eine Einigung der Alliierten auf konsensfähige Richtlinien für eine gemeinsame Verwaltung des besiegten Deutschland? Wie definierten die alliierten Verhandlungspartner ihre Interessenlage? Auf welche Weise bestimmte und mit welcher Intensität kontrollierte die SMAD die Entwicklung in der SBZ? In welchen Etappen vollzog sich die Transformation der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der SBZ, nicht zuletzt die Umgestaltung der Parteien? In welchem Zeitraum bildeten sich in den westlichen Besatzungszonen auf der einen und in der SBZ auf der anderen Seite politische und gesellschaftliche Strukturen heraus, die schließlich eine gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik verhinderten? Obwohl von der historischen Forschung noch längst nicht alle Probleme einer Geschichte der deutschen Teilung geklärt werden konnten, der geregelte Zugang zu den russischen Archiven außerdem immer noch zu wünschen übrig läßt, sind auf die gestellten Fragen gültige Antworten möglich [→ Bericht AG Archive; vgl. zu den Einzelheiten: Anhörungen und Expertisen].

1.2. *Die Rolle der Alliierten, insbesondere der Sowjetunion*

Obwohl von der „Anti-Hitler-Koalition“ frühzeitig Überlegungen für eine europäische Nachkriegsordnung angestellt wurden und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands seit 1943 gemeinsames Kriegsziel der Alliierten war, gelang es bis Kriegsende nicht, detaillierte Richtlinien für eine gemeinsame Politik gegenüber dem besiegten Deutschland festzulegen. Die Vordringlichkeit militärischer Entscheidungen, der Wunsch nach einem Offenhalten politischer Handlungsspielräume für die Zeit nach der deutschen Kapitulation sowie die teils gegensätzlichen, teils noch wenig präzisierten Vorstellungen von einer europäischen Friedensordnung und die in diesem Rahmen zu bestimmende Rolle Deutschlands trugen dazu bei, daß bei Kriegsende in Europa, im Mai 1945, eine Übereinkunft über die politischen Strukturen eines neuen Deutschland noch nicht erzielt worden war [→ Bericht Fischer/Rißmann].

Die Konferenzen von Teheran (1943) und Jalta (1945) hatten in der deutschen Frage ausschließlich Grundsatzerkklärungen über die Notwendigkeit erbracht, einen „dauerhaften Frieden“ zu gewährleisten bzw. den „deutschen Nazismus und Militarismus“ zu vernichten. Die Verhandlungen wurden durch wachsendes gegenseitiges Mißtrauen und durch den aufkommenden machtpolitischen Gegensatz zwischen der Sowjetunion einerseits sowie Großbritannien und den USA andererseits belastet. Das sowjetische Bestreben, nach den baltischen Staaten die Länder Ostmittel- und Südosteuropas der eigenen Verfügungsgewalt zu unterwerfen, sowie die Uneinigkeit über eine angemessene Reparationspolitik gegenüber Deutschland bestärkten vor allem die britische Regierung frühzeitig in ihrer Absicht, dem sowjetischen Hegemonialstreben zumindest auf deutschem Gebiet deutliche Grenzen zu setzen [→ Bericht Fischer/Rißmann].

Entgegen einer schier unausrottbaren Legende ist Europa in Jalta nicht geteilt worden. Allerdings traf die „Europäische Beratende Kommission“ im September 1944 eine weitreichende Entscheidung, die für die regionale Aufteilung Deutschlands bestimmend werden sollte: Danach war vorgesehen, Deutschland für die Zeit seiner militärischen Besetzung in drei, später (1945) in vier Zonen einzuteilen und es einem Alliierten Kontrollrat zu unterstellen. Berlin sollte gemeinsam verwaltet werden [→ Protokoll Nr. 18].

Auch nach Kriegsende erreichten die Verhandlungen der Siegermächte trotz aller verbalen Beteuerungen nicht jene Verbindlichkeit, die für einen dauerhaften Zusammenhalt der vier Besatzungszonen erforderlich gewesen wäre. Durch die Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) wurde vielmehr die maßgebliche Entscheidungsbefugnis für die jeweilige Besatzungszone den einzelnen Oberbefehlshabern zugewiesen, so daß der nur einstimmig aktionsfähige Alliierte Kontrollrat mit seiner Zuständigkeit für die „Deutschland als Ganzes“ betreffenden Fragen Sonderentwicklungen in den einzelnen Besatzungszonen nicht

verhindern konnte. Zudem scheiterte die Übereinkunft der „Großen Drei“ in Potsdam, zentrale Verwaltungen für Gesamtdeutschland einzurichten, die eine Klammerfunktion im Bereich der Exekutive hätten darstellen können.

Die Westmächte USA und Großbritannien hatten neben der Wahrung ihrer ökonomischen und politischen Interessen vor allem für das universalistische Prinzip der Demokratie und damit für Selbstbestimmung und Menschenrechte gefochten (Atlantik-Charta 1941). Die Zielvorstellungen der Sowjetunion stimmten damit inhaltlich nicht überein, auch wenn deren Vertreter in alliierten Verhandlungen dieselben Worte wie „Frieden“, „Freiheit“ und „Demokratie“ gebrauchten. Die sowjetische Führung suchte aus großmachtpolitischen wie ideologischen Gründen eine möglichst breite Einflußsphäre von im kommunistischen Sinne „fortschrittlichen“ Staaten zu etablieren sowie einen Ausgleich für die kriegs- und besatzungsbedingten Verwüstungen ihres Landes zu erhalten [→ Expertise Buchheim].

Detaillierte Planungen für ein neues Deutschland nach dem militärischen Sieg, auf die von der sowjetischen Führung zurückgegriffen werden konnte, waren von der KPD-Führung im Moskauer Exil seit Februar 1944 in Zusammenarbeit zwischen sowjetischen Dienststellen und der KPD-Führung erarbeitet worden [→ Bericht Fischer/Rißmann; Wilke, Protokoll Nr. 18]. Zu den wesentlichen Zielsetzungen eines „Aktionsprogramms“ vom Oktober 1944, das eine Rückkehr zur Weimarer Demokratie ausschloß, gehörten u. a. die enge Bindung an die Sowjetunion, die „Blockpolitik“, d. h. die Unterordnung neu entstehender Parteien und politischer Organisationen unter den Führungsanspruch der KPD, grundsätzliche Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sowie die „Ausrottung von Faschismus und Imperialismus mit ihren Wurzeln“. Die Deutschlandpolitik der sowjetischen und deutschen Kommunisten war darauf angelegt, alle entscheidenden Funktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu kontrollieren (Walter Ulbricht 1945: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“).

Die sowjetische Besatzungsmacht begann in ihrer Zone rasch mit grundlegenden Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die mit der Notwendigkeit begründet wurden, „die Garantie dafür zu schaffen, daß Deutschland nie wieder in der Lage sein wird, den Weltfrieden zu brechen“ [→ Bericht Fischer/Rißmann]. Tatsächlich führten diese Maßnahmen dazu, daß die entscheidenden Funktionen in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft deutschen Kommunisten übertragen wurden. Eine Bodenreform, die unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten nicht völlig unberechtigt gewesen wäre [→ Expertise Adolf Weber], wurde durch die Ablehnung jeder Entschädigung, den ideologisch geprägten Begründungszusammenhang und die undifferenzierte Durchführung zum Anlaß heftiger Auseinandersetzungen [→ Protokoll Nr. 18]. Vergleichbar rigorose Eingriffe ordnete die SMAD in den Bereichen der Verwaltung und Justiz, der Bildung und Erziehung, des

Sports, der Industrie und der Banken an. Damit wurden in der Sowjetischen Besatzungszone Tatsachen geschaffen, denen eine gesamtdeutsche Modellfunktion zugedacht war, die jedoch die Spaltung Deutschlands forcierten.

Die SMAD, deren direkte Anleitung durch die obersten sowjetischen Führungsorgane ebenso noch näher zu erforschen ist wie die Umsetzung dieser Politik, entschied über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung – einschließlich der Personalentscheidungen – und überwachte auch die Durchführung der eingeleiteten Maßnahmen [→ Protokoll Nr. 18, Bericht Fischer/Rißmann]. Landesregierungen und -parlamente in der SBZ wurden in die Rolle von bloßen Ausführungsorganen oder Akklamationsgremien gedrängt. Zeitzeugen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren um politische Spielräume für die beiden bürgerlichen Parteien CDUD und LDP bemühten, haben mehrfach ihren Eindruck bekräftigt, daß sie die Entscheidungsgewalt der SMAD und insbesondere auch die abgestimmte Rollenverteilung zwischen SMAD und KPD/SED als „allmächtig“ erlebten [→ Protokoll Nr. 18]. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen und Erfahrungsberichte legen es nahe, die Ausübung der Kontrolle durch die Organe der SMAD und deren vorgesetzte Moskauer Behörden aufgrund der sowjetischen Akten detailliert zu erforschen, um so zu differenzierteren Bewertungen zu gelangen [→ Expertise Baar/Matschke, Protokoll Nr. 18, Bericht Fischer/Rißmann].

Die Entscheidung der Sowjetunion, die Stalinisierung ihres Besatzungsgebietes unter Aufrechterhaltung der gesamtdeutschen Option forciert zu betreiben, kündigte sich in der SBZ spätestens seit dem II. Parteitag der SED (September 1947) an; sie fand insbesondere in der nachdrücklichen Durchsetzung der SED-Hegemonie im Parteiensystem ihren Ausdruck. Nach jüngsten Erkenntnissen wurde diese Absicht innerhalb der SED früher verfolgt als bisher angenommen [→ Protokoll Nr. 18].

Mit dem „real existierenden Sozialismus“ bildete sich in der DDR ein diktatorisches Gewalt- und Unrechtssystem heraus, das nicht dem Machtmißbrauch verantwortungsloser Einzelpersonen entsprang (der kam erschwerend hinzu), sondern sich folgerichtig aus seinen historischen Wurzeln entwickelte, die in der Übertragung des sowjetischen Modells auf die SBZ liegen. Seine Entstehung ist ohne die gebührende Berücksichtigung der deutschlandpolitischen Zielsetzungen Stalins nicht zu erklären.

Die Verantwortung für den Aufbau der SED-Diktatur trug in der Stalin-Ära, in der Moskau jede politische Maßnahme diktierte, die sowjetische Führung. Doch konnte sie sich dabei auf die deutschen Kommunisten der Ulbricht-Führung stützen, die sich aktiv am kontinuierlichen Ausbau ihrer Hegemonie beteiligten. Selbst in der Anfangszeit gab es keine alleinige Verantwortung der sowjetischen Kommunisten und erst recht nicht in den späteren Phasen. Die Sowjetunion bestimmte zwar die großen Linien der Politik, Konkretisierung

und Ausführung blieben aber der DDR- bzw. SED-Führung überlassen, deren Verantwortlichkeit eindeutig ist.

Das System der SED-Diktatur konnte in erster Linie deshalb vier Jahrzehnte überdauern, weil die Sowjetunion seine Existenz garantierte. Die inneren Faktoren, die das Regime während seiner ständigen Schwankungen zwischen Krisen und relativer Stabilität aufrechterhielten, sind im einzelnen noch genauer zu erforschen. Daß dazu vor allem die Machtmechanismen der zentralistischen Diktatur zählten, aber auch die integrativ wirkenden Faktoren [→ II. Themenfeld] sowie das Bemühen der Führung um „Neutralisierung“, d. h. um angepaßtes Verhalten größerer Bevölkerungskreise, kann schon jetzt festgestellt werden.

1.3. *Entstehung und Umgestaltung der Parteien*

Die überraschend frühe Zulassung politischer Parteien (Befehl Nr. 2 der SMAD, 10. Juni 1945) in der Tradition des deutschen Parteiensystems (SPD, KPD, CDU, LDP) zeigte das Bestreben Moskaus, die Verhältnisse in der SBZ im Hinblick auf die gesamtdeutsche Option für die anderen Besatzungszonen möglichst zügig als Vorbild vorzuprägen.

Um eine unkontrollierte Entwicklung von vornherein auszuschließen, formierten SMAD und KPD eine Einheitsfront der „antifaschistisch-demokratischen“ Parteien, deren Fundament das vorausgegangene Aktionsabkommen zwischen KPD und SPD vom 15. Juni 1945 war.

Eine Zäsur wurde der Zusammenschluß von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) im Frühjahr 1946 nicht nur für das Parteiensystem in der SBZ. Die KPD, die nach ihrer Gründung zunächst auf ihre Sonderstellung Wert gelegt hatte, nahm seit Herbst 1945 Kurs auf eine Einheitspartei, nachdem sich die SPD als stärkste politische Kraft profiliert und ihr Vorsitzender Otto Grotewohl einen Führungsanspruch erhoben hatte [→ Expertise Müller III]. Grotewohl schwenkte dann aber, unter dem Druck von sowjetischen Besatzungsoffizieren und einigen Landesvorsitzenden seiner Partei (Buchwitz, Hoffmann, Moltmann) um. [→ Expertise Müller III].

Demgegenüber sah Kurt Schumacher die Trennlinie zwischen KPD und SPD darin, daß die Kommunisten fest „an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden“ seien. Er kämpfte gegen die „Einheit“, in der Sozialdemokraten „Blutspender“ für die Kommunisten sein sollten. Bei der Urabstimmung der Berliner SPD-Mitglieder, die im Ostsektor aufgrund eines SMAD-Verbots unterbleiben mußte, stimmte in den Westsektoren eine große Mehrheit gegen die Vereinigung, allerdings für eine enge Zusammenarbeit mit der KPD [→ Expertise Heimann]. Gegen spürbaren Widerstand von Sozialdemokraten setzte dann die SMAD im April 1946 die Zwangsvereinigung [→ Expertise Müller III] von KPD und SPD zur „Einheitspartei“ SED nur in

ihrem Besatzungsgebiet durch. Bei der Vereinigung deklarierte sich die SED formal noch als sozialistische, demokratische und deutsche Arbeiterpartei.

In dem Maße, in dem auf den alliierten Außenministerkonferenzen die Unvereinbarkeit der Zielsetzungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion deutlich wurde und somit taktische Rücksichten Moskaus auf die ehemaligen Verbündeten sowie auf die deutsche Öffentlichkeit an Gewicht verloren, setzte die SED ihr Machtmonopol zunehmend offen durch. Die These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ wurde widerrufen, die SED seit 1947/1948 zur „Partei neuen Typus“ umgestaltet [→ Expertise Müller III].

Der „demokratische Zentralismus“, die strikte Herrschaftsausübung von oben nach unten sowie die „Parteidisziplin“ wurden zu Prinzipien des Parteaufbaus. Das Bekenntnis zur KPdSU Stalins sowie zur „führenden Rolle“ der Sowjetunion und der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ waren nunmehr für alle SED-Mitglieder verpflichtend. Die Partei wurde nach sowjetischem Vorbild durch „Parteisäuberungen“ (allein 1950/51 Ausschluß von 150 000 Mitgliedern und Funktionären) zur monolithischen Organisation. In den fünfziger Jahren gab es im Politbüro zwar Auseinandersetzungen um die Politik der Partei, die jedoch die Ulbricht-Führung für sich entschied, zugleich wurden die Vertreter einer Politik des „dritten Weges“ verfolgt [→ Protokoll Nr. 18].

Parallel dazu wurde die Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien forciert. Im Sommer 1945 hatten sich in der SBZ die CDUD und LDP als demokratische Parteien konstituiert; bei den Landtagswahlen 1946 erhielten sie, trotz massiver Behinderungen durch die Besatzungsmacht, insgesamt mehr Stimmen als die SED, die z. B. in Berlin hinter SPD (48,7 vH) und CDUD (22,2 vH) sogar nur den dritten Platz (19,8 vH) einnahm. Anfänglich konnten CDU und LDP, trotz Mitwirkung in der von den Kommunisten ins Leben gerufenen „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, ein eigenständiges Profil bewahren; dies schloß die Bemühung um gesamtdeutsche Parteistrukturen ein. Mit massiver Unterstützung der Besatzungsmacht gelang es der KPD/SED aber zunehmend, ihren Führungsanspruch durchzusetzen und damit die „Einheitsfront“ im Sinne ihrer Bündnispolitik zu instrumentalisieren [→ Protokoll Nr. 18, Expertisen Müller III, Richter I]. Hierzu diente auch die Gründung und Blockeinbindung zweier weiterer „bürgerlicher“ Parteien durch SMAD und SED, die von vornherein unmittelbar von letzterer abhängig waren: der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD). Nicht anpassungswillige Kräfte in den bürgerlichen Altparteien ebenso wie nicht anpassungswillige Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED wurden politisch ausgeschaltet, nicht selten inhaftiert oder sahen sich zur Flucht in die westlichen Besatzungszonen gezwungen.

Der nachdrückliche Widerstand Schumachers und anderer antikommunisti-

schers Sozialdemokraten gegen die Vereinigung von KPD und SPD war eine der Voraussetzungen für die Schaffung eines demokratischen Staatswesens in den Westzonen. Ebenso gehörte der Widerstand führender christlicher Demokraten (Andreas Hermes, Jakob Kaiser u. a.) und Liberaldemokraten (Waldemar Koch, Arthur Lieutenant) zu den Grundlagen des demokratischen, antitotalitären Wiederaufbaus im Nachkriegsdeutschland [→ Dieter Rieke, Erika Wolf, Wolfgang Schollwer, Protokoll Nr. 18]. Die Etappen im Entstehungsprozeß der beiden deutschen Staaten in den Jahren 1947 bis 1949 werden ausführlich im Bericht von Alexander Fischer und Martin Reißmann dargestellt.

2. *Die Machthierarchie der SED – die Verquickung von Partei-, Regierungs- und Staatsapparat*

Die SED sicherte ihr – verharmlosend „führende Rolle“ genanntes – Machtmonopol durch eine Reihe von Elementen totalitärer Herrschaft:

- verbindliche Ideologie des Marxismus-Leninismus
- enge personelle und institutionelle Verschmelzung von Partei und Staat
- Aufhebung von Gewaltenteilung, föderalem Prinzip und kommunaler Selbstverwaltung
- Steuerung der Justiz
- straffe zentralistische Lenkung der Partei, Herrschaft der Parteispitze
- parteiliche Kaderpolitik und Nomenklatursystem
- auf allumfassende Kontrolle und Verfolgung aller „Abweichungen“ angelegter Geheimdienstapparat („Schild und Schwert der Partei“)
- Instrumentalisierung der Wirtschaft durch ihre Umwandlung in eine zentralgeleitete Planwirtschaft
- Beherrschung von Armee und Polizei durch die Partei
- Anleitung der Massenorganisationen und Blockparteien als „Transmissionsriemen“
- Instrumentalisierung der Medien als Agitations- und Propagandamittel der Partei mit dem Ziel des Meinungsmonopols
- möglichst totale Erfassung des Menschen (Massenorganisationen; politisch-ideologische Erziehung; Dauermobilisierung; Militarisierung der Gesellschaft)

Um die Strukturen der SED-Diktatur und die Methoden ihrer Herrschaftspraxis beurteilen zu können, sind vorrangig zwei Fragestellungen wichtig, die für die Klärung von Machtausübung und Machterhaltung der SED-Führung eine wichtige Rolle spielen:

- Wie wurden Entscheidungen vorbereitet, gefällt, ausgeführt und kontrolliert?

- Wie wurde die Machthierarchie in der Funktionärsschicht aufgebaut, wie wurde sie erhalten und regeneriert, wie wurde die Zuverlässigkeit dieser Funktionärsschicht bewirkt?

Andere Faktoren, die für die Machtausübung und Machterhaltung der SED-Spitze und ihres Apparats von Bedeutung waren, können nur erwähnt, aber nicht näher erläutert werden, sie sind Desiderate der Forschung: die politische und militärische Präsenz der Sowjetunion, die äußeren Einwirkungen aus dem Westen, die innerdeutschen Beziehungen, die ökonomische Lage, Art und Ausmaß der Repression, die psychologische Befindlichkeit der Bevölkerung usw. Hier werden nur einige wichtige Fragen aus den beiden obengenannten Problemkreisen, im wesentlichen für die Zeit nach dem IX. Parteitag der SED 1976, behandelt. Der Forschungsstand zeigt noch viele „weiße Flecken“, und insbesondere die Archivsituation in Rußland ist derzeit noch so problematisch, daß die Vergabe von Expertisen nicht sinnvoll erschien. Für die Vergabe von Forschungsaufträgen war die Zeit, die der Enquete-Kommission in der laufenden Legislaturperiode zur Verfügung stand, nicht ausreichend.

2.1. *Rechtliche und sonstige Regelungen zum Aufbau und zur Machtsicherung der SED*

Die Machtposition („führende Rolle“) der SED in der DDR und die Machthierarchie in der Partei („demokratischer Zentralismus“) wurden zum größten Teil erst lange nach ihrer tatsächlichen Durchsetzung auch rechtlich festgeschrieben. Die umfassendsten und wichtigsten dieser Regelungen waren

- das Programm und das Statut der SED von 1976 (ähnlich wie schon 1963), die beide in ihrem politischen Gewicht bis zum Ende des SED-Regimes vor der Verfassung rangierten (die SED ist danach „die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“) und
- die DDR-Verfassung von 1968/74 (Artikel 1, Abs. 1),

darüber hinaus:

- das Gesetz über den Ministerrat vom 16. Oktober 1972 (§ 1 Abs. 1 Satz 2)
- das Statut des Nationalen Verteidigungsrates von 1973/1981
- das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985 (§ 1 Abs. 1 Satz 1)
- alle Statuten der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane
- unveröffentlichte, aber inzwischen zugängliche Beschlüsse der Parteiführung (z. B. ein Politbürobeschuß vom Juli 1960, demzufolge alle staatliche Angelegenheiten betreffenden Politbüro- und ZK-Beschlüsse unverändert dem Ministerrat als Vorlage zu unterbreiten waren) sowie
- die Satzungen und Statuten der Blockparteien und Massenorganisationen

Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ (d. h. die absolute Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe und Gremien für die unteren einschließlich der Vorgaben der Kaderpolitik für Wahlen in Leitungsgremien) als Grundregel der Kompetenzhierarchie in Partei und Staat wurde sowohl im SED-Programm als auch in der Verfassung von 1968/1974 (Artikel 47 Abs. 2), darüber hinaus aber auch in den Statuten und Satzungen der Blockparteien und Massenorganisationen festgeschrieben [→ Expertise Brunner I; Bericht Ammer; Protokolle Nr. 25 und 26].

2.2. *Zur Praxis der Machtausübung der SED-Führung*

Eine unentbehrliche Grundlage der Herrschaftspraxis der SED-Führung war die Durchdringung aller Bereiche von Staat und Gesellschaft (ausgenommen die Kirchen) mit den Organisationsstrukturen der SED. Dazu gehörten insbesondere

- die Existenz von Parteiorganisationen in den obersten Verwaltungs- und Justizbehörden (in wichtigen Ressorts im Rang einer Kreisparteiorganisation) sowie in allen zentralen und örtlichen Staatsorganen
- die Existenz der Politischen Hauptverwaltung bzw. der politischen Verwaltungen in den bewaffneten Organen und bei der Deutschen Reichsbahn, die zugleich als Leitungen der Parteiorganisationen ihres Zuständigkeitsbereiches (z. B. im Falle der NVA im Rang einer Bezirksparteiorganisation) fungierten
- die faktische Leitung der Wirtschaft über den von der Partei festgelegten Plan und über hierarchisch gegliederte Leitungsinstrumente bis zu den Parteileitungen in den Betrieben, in Großbetrieben über Industriekreisleitungen oder deren Erstem Sekretär, einem vom ZK eingesetzten und ihm unterstellten „Parteiorganisator des ZK“
- die Parteiorganisationen in den Massenorganisationen bzw. deren Leitungen, z. B. als Kreisparteiorganisation „Zentrale Leitungen der Gewerkschaften“ für den FDGB-Bundesvorstand und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften (Ziff. 69 SED-Statut)
- die Parteigruppen in der Volkskammer und in den örtlichen Volksvertretungen, die die Mitglieder der SED-Fraktion und die der SED angehörenden Mitglieder der Fraktionen der Massenorganisationen umfaßten (Ziff. 69 SED-Statut)
- die Parteiorganisationen im Bildungswesen und in den wissenschaftlichen Einrichtungen
- die Existenz „zeitweiliger Parteigruppen“, denen die an Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen teilnehmenden SED-Mitglieder angehörten (Ziff. 69 SED-Statut)

- das Kontrollrecht der Parteiorganisationen in Betrieben und anderen Einrichtungen über die Tätigkeit der Betriebsleitung, Institutsleitung usw. (Ziff. 63 SED-Statut)

Sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene gab es einen weitgehend parallel verlaufenden Aufbau der Ressorts im Partei- wie im Staatsapparat, so daß den Fachabteilungen des ZK-Apparates die Fachministerien, den Fachabteilungen der SED-Bezirks- und Kreisleitungen die Fachabteilungen der Räte der Bezirke bzw. der Kreise zugeordnet waren. Die Parteieinstitutionen waren den Verwaltungsinstitutionen stets übergeordnet. Alle Vorlagen kamen entweder aus dem Parteiapparat oder bedurften zumindest seiner Zustimmung, bevor auf staatlicher Ebene darüber beschlossen werden konnte. Analog war der Zugriff der SED auf das Gerichtswesen gestaltet. Charakteristisch für die Herrschaftspraxis der SED-Führung war die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse beim Politbüro und beim ZK-Sekretariat. Politbüro und ZK-Sekretariat entschieden ständig über eine Fülle von Einzelproblemen, wobei häufig nicht mehr zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterschieden wurde.

Das ZK als nominell höchstes Führungsgremium der SED zwischen den Parteitagungen kommt kaum als Organ der Entscheidungsfindung in Betracht; es diente unter Honecker nur noch als Podium der Verkündung der vom Politbüro gefällten Entscheidungen. Diese wurden im Politbüro bis zum Sturz Honeckers fast immer ohne Abstimmung oder einstimmig getroffen; die Meinungen des Generalsekretärs und herausragender Politbüromitglieder (z. B. Günter Mittag) waren stets ausschlaggebend. Übereinstimmend wird berichtet, daß der Informationsgrad der meisten Politbüromitglieder und -kandidaten bei Problemen, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fielen, relativ gering gewesen ist, obwohl grundsätzlich alle Funktionäre des Politbüros an dessen Beschlüssen beteiligt wurden [→ Expertise Brunner I, Bericht Ammer, Protokolle Nr. 25 und 26].

2.3. *Rekrutierung des Funktionärsapparats der SED*

Die Diktatur der SED war „Herrschaft durch Kader“, Voraussetzung für ihr Funktionieren war die Existenz einer eng mit der Parteispitze verbundenen Schicht von Partei- und Staatsfunktionären, die die Politik der Parteiführung ausführte, sie gegenüber der Bevölkerung vertrat und erforderlichenfalls auch mit Zwangsmitteln durchsetzte. Dieser Funktionärsschicht dürften von den 2,3 Millionen SED-Mitgliedern, darunter ca. 1,8 Millionen Funktionsträger, nur etwa 350 000 bis 400 000 Funktionäre, also etwa 3 Prozent der erwachsenen DDR-Bevölkerung, angehört haben.

Zum Kern der Funktionärsschicht gehörten die meisten der über 100 000 Parteisekretäre, der überwiegende Teil der Mitglieder von SED-Bezirks-

und Kreisleitungen, die etwa 44 000 hauptamtlichen Parteifunktionäre (1989) sowie etwa 100 000 Personen des Militär- und Sicherheitsapparates. In der DDR spielte das „Parteiaktiv“, ein Kreis von ca. 250 000 bis 300 000 Funktionären, bei der Bewältigung von Krisenlagen eine erhebliche, in den letzten Jahren der DDR jedoch abnehmende Rolle.

Alle Partei- und Staatsfunktionäre, Wirtschaftsfunktionäre sowie Funktionäre in den Massenorganisationen in wichtigen oder für wichtig gehaltenen Positionen waren „Nomenklaturkader“, d. h. zuverlässige Funktionäre, die in „Nomenklaturlisten“ unterschiedlicher Wertigkeit von der Parteiführung, von regionalen Parteileitungen und auch von Staatsorganen geführt wurden. Die in den Nomenklaturlisten enthaltenen Positionen galten als bedeutsam für das Funktionieren und die Stabilität des SED-Regimes. Aus offiziellen Angaben läßt sich schließen, daß es in den achtziger Jahren mehr als 320 000 Nomenklaturkader gegeben haben muß.

Die Parteiführung schuf sich über – auch heute noch nicht hinreichend erforschte – Kader- und Nomenklaturordnungen einen hierarchisch strukturierten Personalstamm und sicherte damit eine sorgfältige Auswahl unter den 2,3 Millionen SED-Mitgliedern, zu einem kleineren Teil auch unter Parteilosen und Angehörigen der Blockparteien. Letztere durften bedeutsame Positionen in ihren Parteiapparaten nur mit Zustimmung der SED besetzen, so daß die Führungspositionen der Blockparteien ebenfalls zum Nomenklatursystem der SED zu zählen sind.

Die Kriterien für die Auswahl und die Karrieren von Kadern sind in der DDR nicht bekannt gewesen. Der veröffentlichte Beschluß des ZK-Sekretariats zur Kaderpolitik vom 7. Juni 1977 enthält lediglich allgemeine, nahezu unerfüllbare sowie umfassende Pflichten- und Anforderungskataloge. Aus der Praxis und durch zahlreiche Zeitzeugenaussagen ist jedoch bekannt, welche Kriterien die Karrieren von Kadern vorrangig bestimmten:

- politisch-ideologische und möglichst nachgewiesene Zuverlässigkeit (u. a. die Tatsache der Zusammenarbeit mit dem MfS)
- familiärer Hintergrund (große Teile der Funktionärsschicht rekrutierten sich aus sich selbst heraus, vor allem im Sicherheitsapparat)
- keine Kirchengliederung
- fachliche Qualifikation
- keine Westverwandtschaft oder zumindest Verzicht auf Westkontakte
- positive Beurteilung durch das MfS (nahezu unverzichtbar vor allem in den letzten Jahren der DDR) und nicht zuletzt auch
- persönliche Beziehungen

Auch außerhalb der offiziellen Kaderpolitik war es höheren Partei- und Staatsfunktionären gelegentlich möglich, geeignete Mitarbeiter vor allem wegen ihrer fachlichen Qualifikation und nicht allein wegen ihrer unbedingten

politischen Zuverlässigkeit einzustellen, sofern das MfS seine Zustimmung erteilte [→ Expertise Brunner I, Bericht Ammer, Protokoll Nr. 25/26, Vortrag Abg. Keller am 22.1.1993].

Aus den Berichten der Zeitzeugen ergab sich, daß das Nomenklatursystem und das die Kaderpolitik bestimmende Regelwerk auch unter SED-Funktionären nicht allgemein bekannt gewesen sein dürfte. Beide Strukturelemente dürften bis zum Ende des SED-Regimes weitgehend dem sowjetischen Vorbild entsprochen haben. Insgesamt sind auf diesem Gebiet die Desiderate der Forschung noch groß.

2.4. *Methoden der „Kaderführung“*

Die Parteiführung verstand es, ihre Funktionäre, teilweise auch die einfachen Parteimitglieder, durch Kataloge letztlich unerfüllbarer Anforderungen in Parteiprogramm und -statut sowie in anderen Führungsdokumenten der SED-Zentrale in ein – oft nur psychologisch wirksames – Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Der Bewahrung dieser Abhängigkeit dienten u. a. die Pflicht zur regelmäßigen oder auch gesondert angeordneten Berichterstattung vor übergeordneten Parteileitungen, die „Abrechnung von Aufträgen“, „Kritik und Selbstkritik“ sowie insbesondere regelmäßige Mitgliederüberprüfungen. Letztere – zwei davon in den achtziger Jahren – bedeuteten zuletzt nicht mehr, wie noch zu Beginn der fünfziger Jahre, eine großangelegte „Parteisäuberung“, wohl aber eine jedes Parteimitglied treffende Zuverlässigkeitsprüfung, über deren Ausgang sich niemand völlig sicher sein konnte.

Ein unentbehrliches Mittel der Kaderführung ist die innerparteiliche Informationspolitik der Parteispitze gewesen. Der Zugang zu Informationen war in der Funktionshierarchie ein Privileg nach dem Motto: Je höher die Position, desto größer die Informationsmöglichkeit. Dazu gehörten differenzierte Informationen der Funktionäre in speziellen Beratungen mit höheren Parteileitungen, die Verbreitung interner Informationsmaterialien, das mehrstufige System der Parteschulen sowie Sonderveranstaltungen des Parteilehrjahres für ausgewählte Funktionäre. Diese selektive Informationspolitik war mit dem Versuch der Abschottung gegenüber allen der SED-Führung unerwünschten Informationen und Einflüssen verbunden – insgesamt eine Strategie, die im wesentlichen bis in die letzten Jahre des SED-Regimes erfolgreich praktiziert worden ist.

Die Vergabe von Privilegien zur Belohnung und Disziplinierung von Funktionären war ein weiteres Mittel der Kaderführung, wobei viele dieser „Privilegien“ nur unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft als solche gelten konnten. Vorteile wie die Zuweisung von Wohnungen und hochwertigen Konsumgütern, eine höhere Entlohnung, berufliche Karrierechancen, günstigere Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder und gelegentlich auch ein gewisser Schutz vor Maßnahmen des MfS waren in der Regel nicht ohne erhebliche

zusätzliche Arbeitsbelastungen und auch psychische Belastungen zu haben. Der im Falle der Insubordination drohende Verlust echter oder scheinbarer Privilegien (bis hin zum Verlust der beruflichen Existenz und zu Nachteilen für die Familienangehörigen) bewirkte jedoch, daß der Funktionsapparat der SED innerhalb und außerhalb der Partei bis etwa Mitte 1989 im Sinne der Führung im wesentlichen zuverlässig blieb [→ Bericht Ammer; Protokolle Nr. 25 und 26, Vortrag Abg. Keller am 22. Januar 1993].

2.5. *Zu den Beziehungen zwischen SED und KPdSU*

Zu diesem Thema kann wegen der z. Zt. geringen Materialbasis (daher konnten dazu auch keine Expertisen vergeben werden), den schon erwähnten Schwierigkeiten in den russischen Archiven sowie widersprüchlicher Zeitzeugenaussagen, vor allem für die Zeit seit Mitte der siebziger Jahre, noch kein Bericht vorgelegt werden. Das zentrale Themenfeld „Beziehungen zwischen SED und KPdSU“ bleibt ein wichtiger Merkposten für Forschungen und weitere Untersuchungen. Um die hier vorhandenen Forschungslücken schließen zu können, ist die Nutzung der russischen Archive unverzichtbar [→ Bericht AG Archive].

2.6. *Zur Frage der Verantwortung*

Die Frage der Verantwortung für die Herrschaftsmethoden und -praktiken des SED-Regimes mit all ihren schwerwiegenden Konsequenzen für die Bürger der DDR, insbesondere für die unmittelbar betroffenen Opfer, zählt wohl zu den sensibelsten und kompliziertesten Problemen, denen sich die Enquete-Kommission bei der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur gegenüber sah, auf die es aber zu reagieren gilt. Das betrifft auch die daraus abzuleitenden Schlußfolgerungen für die Gegenwart. Es wird sowohl das Recht auf historischen Irrtum zu bedenken sein als auch das Bedürfnis nach moralischer Verurteilung verwerflicher Taten. Das gilt in ähnlicher Weise für Verstrickung, Manipulation, mangelnde Zivilcourage, Anpassung und persönliche Schuld, die viele auf sich geladen haben, ohne daß immer eine juristische Ahndung möglich sein wird. Für diese sind allein rechtsstaatliche Grundsätze (Strafverfahren und individueller Schuldnachweis, Rückwirkungsverbot usw.) maßgeblich. Es wird stets ein schwieriges Unterfangen bleiben, Verhaltensweisen in einem totalitären System ebenso gerecht wie angemessen zu beurteilen. Jedoch sollten Verantwortlichkeiten, direkte und indirekte, in der notwendigen Abstufung (Hierarchie der Verantwortung) zu präzisieren und zu kennzeichnen sein.

Die Aufstellung unzweideutiger Kriterien für die Verantwortlichkeit von Funktionsträgern des SED-Regimes stößt auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die

eine Klärung dieser Frage nur in engen Grenzen ermöglichen. Die schon vor 1989 weithin bekannten Grobstrukturen des Regimes reichen dafür und erst recht für die Feststellung von Verantwortlichkeiten im Einzelfall nicht aus. Die Erforschung der Feinstrukturen befindet sich aber trotz der jetzt offenliegenden Quellen noch in den Anfängen. Die Konzentration der Macht in den Händen weniger Spitzenfunktionäre, die auf das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gegründete starre Machthierarchie, der Vorrang oft mehrdeutiger Parteibeschlüsse vor allen anderen Normen, die Geheimhaltung von Entscheidungsvorbereitungen und Entscheidungswegen sowie unklare und wechselnde Kompetenzabgrenzungen bieten ehemaligen Funktionsträgern nicht leicht zu widerlegende Argumente, wenn sie Verantwortlichkeit im konkreten Fall bestreiten oder verschleiern wollen. Hierzu zählen vor allem das Abschieben der Verantwortung auf übergeordnete Ebenen des Partei- und Staatsapparats bis in die Spitzenpositionen, von der staatlichen Ebene auf die Parteebene und nicht zuletzt von DDR-Institutionen auf sowjetische Weisungen oder Einflüsse.

2.6.1. *Gesamtverantwortung: Zur Hierarchie der Verantwortlichkeiten*

Es gibt Aussagen von Spitzenfunktionären und auch von nachgeordneten Funktionsträgern über ihre Gesamtverantwortung für die Herrschaftsmethoden des SED-Regimes und ihre Folgen in allgemeiner Form, je nach Ranghöhe des Bekennenden abgestuft für das Regime als Ganzes oder für den eigenen Zuständigkeitsbereich [→ Schürer, Schabowski, Enzian, Krause, Protokolle Nr. 25 und 26]. Solche Bekenntnisse sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie sind im historischen und moralischen Sinn hilfreich, weil sie Rolle, Funktionsweise und Bedeutung von Organisationen, Gremien, Institutionen usw. verdeutlichen und so der Entstehung von Legenden entgegenwirken.

Eine unterschiedlich zu gewichtende Gesamtverantwortung (unabhängig von persönlicher Verantwortung des einzelnen Funktionärs für bestimmte Maßnahmen, Beschlüsse usw.) der Mitglieder bzw. Mitarbeiter bestimmter Organisationen, Gremien oder Institutionen ergibt sich zum einen daraus, daß die Tätigkeit als Partei- und Staatsfunktionär in aller Regel freiwillig übernommen wurde. Kaum ein Funktionär hat sich also, wie häufig behauptet, in einem echten „Notstand“ befunden. Sie ergibt sich zum anderen aber aus der Tatsache, daß jeder Partei- und Staatsfunktionär dem SED-Regime nicht nur im Rahmen seiner Zuständigkeit zu dienen hatte, sondern auch die Politik der SED und die Beschlüsse ihrer Führung sowie generell die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR mittrug [→ Expertise Brunner I, Bericht Ammer, Enzian, Protokoll Nr. 26].

Im Hinblick auf die Gesamtverantwortung für die Verhältnisse in der DDR insgesamt oder in einzelnen Bereichen muß eine bestimmte Abstufung unterschieden werden, was die Enquete-Kommission in ihrem Bericht nur exem-

plarisches darstellen kann. Sie wiegt in der Regel schwerer bei Mitgliedern von Spitzengremien der SED (Politbüro, ZK-Sekretariat, teilweise auch ZK) als bei Angehörigen der unteren Leitungsorgane und wird letztlich in der Regel eher geringfügig oder gar bedeutungslos bei der Masse der Kleinfunktionäre und einfachen Mitglieder der SED. Gesamtverantwortung in großem Ausmaß tragen Funktionäre von Gremien wie SED-Politbüro und ZK-Sekretariat sowie – im Rahmen ihrer territorialen oder sachlichen Zuständigkeit – die Sekretariate der SED-Bezirks- und Kreisleitungen bzw. Erste Sekretäre [→ Expertisen Brunner I, Priß, Bericht Ammer, Schabowski, Protokoll Nr. 25]. Dies kann durchaus auch bei Parteisekretären wichtiger Grundorganisationen der SED, z. B. im Sicherheitsapparat, in zentralen Staatsorganen sowie in den Räten der Bezirke und Kreise, der Fall gewesen sein. Sie ist besonders schwerwiegend für die Angehörigen der Repressionsorgane und ihre Auftraggeber in SED-Gremien, dagegen abgestuft weniger bedeutsam für viele Mitarbeiter in den Apparaten von Staatswirtschaft, Wissenschaft, Bildungswesen usw.

Die Gesamtverantwortung ist aufgrund der seit langem bekannten, durch Expertisen und Anhörungen zusätzlich belegten „Suprematie der SED“ [→ Vorträge Schenk, Seiffert, Protokoll Nr. 25, Expertisen Brunner I, Bericht Ammer] bei Parteifunktionären und Angehörigen von Leitungsgremien der SED größer als bei Funktionären im Staatsapparat, Abgeordneten der Volksvertretungen, Funktionären der nichtkommunistischen Blockparteien sowie der Massenorganisationen. In allen relevanten Bereichen gab es in der DDR Überschneidungen von Strukturen der SED und der anderen Apparate. Mit Hilfe des Nomenklatursystems besetzte die SED-Führung alle bedeutsamen Positionen außerhalb des Parteiapparates mit ihren Mitgliedern und Funktionären und integrierte diese durch Einbeziehung in ihre Leitungsgremien in die Strukturen der Partei [→ Expertise Brunner I; Bericht Ammer]. Funktionäre, die als Staatsfunktionär zugleich Mitglied des Sekretariats einer SED-Leitung der gleichen Ebene waren (z. B. Vorsitzender eines Rates des Kreises und Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung), sind daher hinsichtlich ihrer Gesamtverantwortung nicht wesentlich anders zu bewerten als Parteifunktionäre, die direkt und überwiegend im Parteiapparat tätig waren. Angehörige des Staatsapparates und anderer Gremien außerhalb der SED können ihre Gesamtverantwortung nicht mit dem Hinweis auf die „Suprematie der SED“ zurückweisen. Dies gilt z. B. für die Volkskammer der DDR, die u. a. das StGB von 1968 und seine Verschärfungen in den siebziger Jahren beschlossen hat und noch im Juni 1989 eine Resolution verabschiedete, mit der die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China begrüßt wurde. Die Gesamtverantwortung der Volkskammer für diese und ähnliche Beschlüsse besteht ungeachtet der Tatsache, daß z. B. die Strafgesetzgebung der DDR oder die China-Resolution auf Veranlassung der SED-Führung beschlossen und die Entwürfe zweifellos bis ins Detail im ZK-Apparat vorformuliert wurden.

Aus den vorstehenden Darlegungen können nach Ansicht der Enquete-Kommission folgende Konsequenzen gezogen werden: Personen, die sich durch ihre Funktionen im SED-Regime anerkanntermaßen kompromittiert haben, sind für leitende Positionen in den Institutionen des demokratischen Staates sowie in demokratischen Parteien nicht geeignet. Wer als maßgeblicher Funktionsträger für die Zustände in der DDR insgesamt oder in wichtigen Teilbereichen Verantwortung trug, dem kann keine politische Macht, die immer auch Macht über Menschen einschließt, anvertraut werden. Die Schwierigkeiten liegen in der Abstufung der Gesamtverantwortung für die verschiedenen Leitungsebenen bzw. Zuständigkeitsbereiche usw. – ein Problem, das nur durch weitere Erforschung der Feinstrukturen des SED-Regimes geklärt werden kann. Ungeachtet dessen wird die Prüfung des Einzelfalles unerlässlich bleiben, da die formale Gleichbehandlung von Funktionären einer Funktionsebene – z. B. Kreisstaatsanwälte, Oberbürgermeister, Polizeioffiziere – mit Sicherheit zu Ungerechtigkeiten führen würde.

2.6.2. *Einzelverantwortung*

Das politische und berufliche Schicksal von Funktionsträgern des SED-Regimes im vereinten Deutschland darf nicht allein vom Grad ihrer Gesamtverantwortung bestimmt werden. Eine noch größere Rolle spielt die persönliche Verantwortung für einzelne Maßnahmen, Entscheidungen, Beschlüsse usw. Diese Einzelverantwortung läßt sich anhand folgender Sachverhalte feststellen:

- *Einbeziehung in Leitungsstrukturen, Informations- und Entscheidungsstränge; Bindung an Weisungen, Parteibeschlüsse, Leitungsdokumente, Richtlinien, Arbeitsordnungen usw.*

Nach dem Prinzip der „Einzelleitung“ war in der DDR grundsätzlich jeder leitende Funktionär für die von ihm getroffenen Entscheidungen allein verantwortlich. Es bedarf jedoch sorgfältiger Nachprüfungen im Einzelfall, inwieweit ein Funktionär bei seiner Entscheidungsfindung von bestimmten Vorgaben, Bestätigungen usw., die seinem Einfluß entzogen waren, abhing. Bedeutsam ist außerdem nicht allein die Feststellung der Verantwortlichkeiten für eine bestimmte Entscheidung, sondern auch für deren Vorbereitung, z. B. in Form von Entwürfen zu Rechtsnormen, vorbereitenden Gutachten, Beschlußvorlagen usw. In der Entscheidungsvorbereitung tätige Personen blieben in der DDR weitgehend anonym. Es konnten bisher auch nicht die Personen festgestellt werden, von denen für die Bürger besonders belastende Gesetze und Anordnungen (z. B. Verschärfungen des politischen Strafrechts in den siebziger Jahren; obligatorischer Wehrunterricht für Schüler) ausgingen. Unstrittig ist zwar die Verantwortlichkeit der zuständigen Funktionäre im zentralen Parteiapparat der SED (z. B. ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen und ihm

zugeordnete Abteilungs- und Sektorenleiter), ungeklärt blieb jedoch bisher, von wem die Initiative für solche Maßnahmen ausging (etwa vom Minister für Staatssicherheit, vom SED-Generalsekretär, vom Minister für Nationale Verteidigung oder aber von nachgeordneten Funktionären). Zweifellos wird es in vielen Fällen möglich sein, durch die detaillierte Auswertung jetzt zugänglicher Archivmaterialien gerade diese bisher verdeckten Verantwortlichkeiten zu klären. Im übrigen ist festzuhalten, daß die Geheimhaltung der Namen entscheidender Funktionäre, die Verschleierung der Entscheidungswege und die Weigerung, z. B. Anklageschriften bzw. Urteile in politischen Strafverfahren den Angeklagten bzw. Verurteilten auszuhändigen, schwer widerlegbare Indizien für ein mehr oder weniger ausgeprägtes Unrechtsbewußtsein der Verantwortlichen darstellt.

– *fachliche Zuständigkeit (z. B. aufgrund der Statuten von Behörden, Aufgabenzuweisungen, Geschäftsverteilungs-, Funktions- und Arbeitsplänen)*

Über die fachliche Zuständigkeit gibt es zahlreiche Belege, z. B. über die von in einer SED-Kreisleitung tätigen Funktionäre [→ Expertise Priëß]. Ein anderes Beispiel sind die Arbeitspläne zu „Operativen Vorgängen“ des MfS, in denen regelmäßig für Einzelmaßnahmen verantwortliche MfS-Angehörige benannt sind [→ Protokoll Nr. 23]. Die Feststellung einer persönlichen Verantwortlichkeit ist oft relativ einfach etwa in der Justiz, dagegen häufig schwierig in den Bereichen von Repression und Überwachung außerhalb der Justiz. Aus der „Allzuständigkeit“ des Ersten Sekretärs einer SED-Bezirks- oder Kreisleitung kann zwar auf die politische, nicht jedoch ohne weiteres auf die persönliche Verantwortlichkeit für die Repressionsmaßnahmen in seinem territorialen oder funktionalen Zuständigkeitsbereich geschlossen werden. Bisher konnte zwar eine regelmäßige und detaillierte Informationstätigkeit des MfS festgestellt werden. Den Bürger belastende Entscheidungen, z. B. die Ablehnung von Besuchsreise- oder Ausreisanträgen in die Bundesrepublik, wurden formal in den dafür zuständigen Abteilungen Inneres der Räte der Kreise, in Volkspolizeidienststellen usw. gefällt, tatsächlich aber sehr oft vom MfS und gelegentlich auch von Betrieben, Instituten und dergleichen initiiert. Es wird zu klären sein, ob Funktionäre dabei auf besondere Anweisung der Partei gehandelt haben.

– *Zugang zu Informationen über das dem Durchschnittsbürger zugängliche Maß hinaus*

Die SED-Führung hat ihren Spitzenfunktionären durch ihr Nachrichtensystem, speziell durch das MfS, differenzierte Informationen über die Entwicklung in der DDR und in einzelnen Bereichen zur Verfügung gestellt. Spitzenfunktionäre konnten auf ein reichhaltiges Angebot an Informationen, auch über Vorgänge außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs, zurückgreifen, wenngleich dieses Angebot aus Bequemlichkeit, Verantwortungsscheu usw. oft ungenügend genutzt wurde [→ Schürer, Protokoll Nr. 25]. Partei- und Staats-

funktionäre in verantwortlichen Positionen erhielten regelmäßig ausgewählte, zweckdienliche Informationen vom MfS [→ Schabowski, Protokoll Nr. 25]. Unter den zahlreichen bekannt gewordenen Themen von MfS-Informationen für Parteileitungen finden sich allerdings, soweit bisher bekannt, keine über die Tätigkeit des MfS selbst, so daß viele Funktionäre als Empfänger solcher Informationen über dessen spezifische Methoden keine genaueren Kenntnisse gehabt haben dürften. Grundsätzlich kann jedoch der Zugang von Funktionären zu von der SED-Führung ausgewählten Sonderinformationen ein Indiz dafür sein, daß diese Personen sich der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt gewesen sind. Dies gilt insbesondere für diejenigen, denen als Privileg westliche Presseerzeugnisse zugänglich waren.

– *Ausmaß, Intensität und Häufigkeit von Kontrollen*

Die SED hat die Tätigkeit der Partei- und Staatsfunktionäre durch verschiedene Kontrollapparate nahezu lückenlos überwacht, sie zudem einer regelmäßigen und ausgedehnten Berichtspflicht unterworfen [→ Neugebauer, Enzian, Protokoll Nr. 25]. Diese Kontrollen waren teilweise so häufig und intensiv, daß die Verantwortung eines Funktionärs für seine Entscheidungen reduziert sein kann (vor allem in den Sicherheitsorganen), oft aber auch rein formal und oberflächlich, so daß die Unterwerfung unter solche Kontrollen die persönliche Verantwortung kaum berührt. In der Justiz war es z. B. möglich, die erforderliche Berichtspflicht zu vermeiden, wenn man sich bei einer von „Orientierungen“ höherer Instanzen abweichenden Entscheidung vorher bei bestimmten Partei- oder Justizfunktionären „rückversicherte“ [→ Enzian, Protokoll Nr. 25]. Es ist Aufgabe der Forschung, die Tätigkeit und Wirksamkeit der von der SED-Führung geschaffenen Kontrollapparate sowie die Konsequenzen ihrer Berichte für die Kontrollierten aufzudecken.

– *Entscheidungsspielräume im Rahmen von Vorgaben*

Partei- und Staatsfunktionäre haben häufig, wengleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß, Spielräume für begrenzt eigenständige Entscheidungen genutzt [→ Bericht Ammer, Vortrag Abg. Keller am 22.1.1993, Schabowski, Protokoll Nr. 25]. Es war auch möglich, daß Juristen Einmischungsversuche der SED in die Tätigkeit der Rechtspflegeorgane ignorieren oder abwehren konnten. Selbst die Rechtsprechung betreffende „Leitungsdokumente“ höherer Justizorgane ließen Ermessungsspielräume offen. Begrenzte Möglichkeiten für eigenständige Entscheidungen gab es auch in der Kaderpolitik [→ Expertise Brunner I, Vortrag Abg. Keller am 22.1.1993, Enzian, Wötzel, Protokoll Nr. 26]. Ehemalige Funktionäre haben als Zeitzeugen vor der Enquete-Kommission ausführlich über die Nutzung solcher Spielräume zugunsten von Bürgern berichtet [→ Schabowski, Enzian, Krause, Wötzel, Protokoll Nr. 26]. Ungeachtet der Motive für derartige Aussagen dürften diese im wesentlichen zutreffend sein.

Verständlicherweise gibt es keine Aussagen von Funktionären vor der Enquete-

Kommission, daß sie Ermessensspielräume zu Lasten der Bürger, im Sinne einer Verschärfung von Vorgaben, Anweisungen, Richtlinien usw., mißbraucht hätten. Dennoch wird es Fälle dieser Art gegeben haben. Durch den Vergleich von Entscheidungen in unterschiedlichen Behörden, an verschiedenen Orten sowie von Angaben Betroffener kann u. U. geklärt werden, wo und von wem Bürger über das von übergeordneten Instanzen hinaus geforderte Ausmaß hinaus belastet, schikaniert und unterdrückt worden sind. Bei der Aufklärung konkreter Fälle ist vor allem die taktisch begründete und verdeckte Steuerung von Entscheidungen durch das MfS zu beachten, ohne deren Kenntnis die Hintergründe – vieler die Bürger belastende – Vorgänge im Dunkeln bleiben werden.

3. *Die SED und das Ministerium für Staatssicherheit*

Die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist von der Geschichte der SED nicht zu trennen. Ähnlich wie in der Sowjetunion war auch in der DDR die Einordnung der Sicherheitsorgane in die sowjetkommunistische Staats- und Rechtsverfassung gesetzlich nicht definiert. Das Gesetz vom 8. Februar 1950 über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit enthielt keinerlei Bestimmungen über Aufgaben, Struktur und Zuständigkeiten des MfS. Erst das am 15. Oktober 1953 erlassene erste Statut des Staatssicherheitsdienstes, das allerdings streng geheimgehalten wurde, wies ihm konkret die Aufgabe zu, „auf der Grundlage der gegebenen Beschlüsse, Anordnungen und Befehle die Voraussetzungen zu schaffen und die Maßnahmen zu treffen, die die Sicherheit des Staates, die Festigung der Staatsmacht und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleisten“. Als „Grundlage für die Arbeit“ wurden ausdrücklich die „Beschlüsse und Direktiven des Zentralkomitees (ZK) bzw. des Politbüros der SED, die Gesetze und Verordnungen bzw. die Anweisungen des Ministerpräsidenten sowie die Befehle und Anordnungen des Ministers des Innern“ genannt. Die Zuständigkeit des MdI ergab sich aus der Tatsache, daß der Staatssicherheitsdienst vom 23. Juli 1953 bis zum 24. November 1955 als Staatssekretariat diesem Ministerium eingegliedert war.

Mit Datum vom 30. Juli 1969 erließ der Nationale Verteidigungsrat der DDR ein neues Statut des Ministeriums für Staatssicherheit. Darin war das MfS formell als „ein Organ des Ministerrates“ ausgewiesen – obwohl es faktisch ein Instrument der Politbürokratie der SED gewesen ist, mit dem auch der Ministerrat überwacht wurde. Auch nach dem zweiten, bis zur Auflösung des MfS am 17. November 1989 gültigen Statut rangierten Parteibeschlüsse in ihrer Verbindlichkeit für das MfS vor staatlichen Normen. Konkret waren im Statut das Programm sowie die Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros der SED benannt. Erst danach wurden auch die Verfassung,

die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer, Erlasse und Beschlüsse des Staatsrates, Beschlüsse und Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates, Befehle, Direktiven und Weisungen seines Vorsitzenden sowie Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates als für das MfS ebenfalls verbindlich ausgewiesen, was nicht verhinderte, daß es in seiner Tätigkeit nicht nur „bürgerliche“ – vor allem justitielle – Grundrechte, sondern auch geltende Gesetze der DDR vielfach mißachtete oder verletzte.

Seitdem die Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in Artikel 1 den Führungsanspruch der „marxistisch-leninistischen Partei“ verankert und damit sanktioniert hatte, war der Rückgriff auf Parteibeschlüsse in staatlichen Normierungen wie dem Statut des MfS verfassungsrechtlich durchaus der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ gemäß [→ Protokolle Nr. 25 und 26]. Laut Statut war die Führung des Ministeriums für Staatssicherheit dem Minister „nach dem Prinzip der Einzelleitung“ übertragen. Er war „persönlich für die gesamte Tätigkeit des MfS“ verantwortlich. Ein Kollegium diente ihm als „beratendes Organ“. Seine Mitglieder – zuletzt dreizehn – rekrutierten sich aus den Stellvertretern des Ministers, dem Ersten Sekretär der Parteiorganisation der SED im MfS sowie aus den wichtigsten Hauptabteilungsleitern.

Das MfS sollte – und wollte auch nach dem Willen seiner Minister – Herrschaftsinstrument der SED sein. Selbst für Wilhelm Zaisser, der sich als Chef des MfS von 1950 bis 1953 der Kontrolle durch die Politbürokratie der SED zu entziehen versucht hatte, war die Tätigkeit seines Ministeriums „spezifische Parteiarbeit“. Für seinen Nachfolger Ernst Wollweber sollte der Staatssicherheitsdienst „ein scharfes Schwert sein, mit dem unsere Partei den Feind unerbittlich schlägt, gleichgültig, wo er sich festgesetzt hat“. Unter dem Einfluß von Erich Mielke schließlich, der Wollweber 1957 als Minister für Staatssicherheit ablöste, wurde das Wort der Partei zur gültigen Handlungsmaxime des MfS verabsolutiert. Mielkes Credo – am 6. Februar 1985 zum 35. Jahrestag des MfS erneut bekräftigt – lautete: „Die Staatssicherheit wird sich jederzeit als zuverlässiger Schild und scharfes Schwert der Partei und der Arbeiter-und-Bauern-Macht erweisen“ [→ Fricke, Protokoll Nr. 23].

Solche Bekenntnisse waren keine verbalen Pflichtübungen, sondern grundlegende Orientierungen, die sich auf die Aktivitäten des MfS bis in die letzte Dienststeinheit hinein auswirkten. Auch alle internen Richtlinien, Dienstanweisungen und grundsätzlichen Befehle zur Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, deren Zahl sich in der Endzeit seiner Tätigkeit auf ca. 700 belief, basierten auf Beschlüssen der Parteiführung oder bezogen sich ausdrücklich auf sie. Umgekehrt war es bezeichnend, daß zwar Einzelpersonen, nicht aber der bürokratische Apparat der SED vom MfS nicht „operativ bearbeitet“, überwacht oder bespitzelt wurde. Im Gegensatz hierzu sind in die Blockparteien und

Massenorganisationen zielgerichtet Inoffizielle Mitarbeiter und Offiziere im besonderen Einsatz eingeschleust worden.

Als Hebel zur Durchsetzung ihres Führungsanspruchs im MfS nutzte die SED die Kaderpolitik. Mit ihrer Hilfe wurden planmäßig alle seine hauptamtlichen Mitarbeiter „durchleuchtet“. Das Eindringen „feindlicher Elemente“ in den Dienst wurde so unterbunden. Sogenannte Selbstbewerber wurden nur im Ausnahmefall (OibE) eingestellt. Zudem wurden sämtliche Führungspositionen im MfS mit sogenannten Nomenklaturkadern besetzt, d. h. mit im Sinne der Politbürokratie der SED zuverlässigen Funktionären, die nach genau festgelegten Personallisten – der Nomenklatur – ausgesucht und berufen wurden, nicht selten übrigens im Wege eines sogenannten Parteauftrages. Die Einbindung von Generalen und Offizieren des MfS in die SED-Parteileitungen aller Ebenen war ein weiteres Mittel zur Schaffung von Loyalität. Durch ihre Mitgliedschaft im Zentralkomitee sowie in den Bezirks- und Kreisleitungen ist die Führungselite des MfS durch Personalunion mit den Parteileitungen der SED so eng verknüpft gewesen, daß jeder Verselbständigung des Überwachungs- und Unterdrückungsapparates als Staat im Staate auch auf diese Weise entgegengewirkt wurde. In den Jahren von 1950 bis 1953 und von 1976 bis 1989 war der Minister für Staatssicherheit im übrigen auch Mitglied des Politbüros; er war also an den Entscheidungen der Parteiführung persönlich beteiligt.

Im Kontext dazu ist die Rolle der Parteiorganisation der SED im MfS zu sehen. Mit ihren auf allen Ebenen, in allen Strukturen und Diensteinheiten bestehenden Grundorganisationen und Parteigruppen, die nach besonderen Instruktionen des ZK arbeiteten, sicherte die Politbürokratie nicht nur die politische Anleitung und die ideologische Erziehung aller Genossinnen und Genossen, sondern auch ihre bedingungslose Disziplinierung. „Parteiarbeit“ im Staatssicherheitsdienst galt als Voraussetzung für „gute tschekistische Leistungen“ (Tscheka = erste bolschewistische Geheimpolizei von 1917 bis 1922). Die Spitze der Parteiorganisation im MfS, die den Status einer Kreisleitung der SED hatte, war strukturell der Abteilung für Sicherheitsfragen im Apparat des ZK unterstellt, die ihrerseits zum Verantwortungsbereich des für die Militär- und Sicherheitspolitik jeweils zuständigen Sekretärs des ZK gehörte. Auch von daher war dem von der Führung der SED gefürchteten Risiko einer Verselbständigung des MfS vorgebeugt.

Erst vor dem Hintergrund dieses Beziehungsgeflechts zwischen Staatspartei und Staatssicherheitsdienst wird die qualitative und quantitative Entwicklung des MfS plausibel. Seinen sich mehr und mehr – intern wie extern – erweiternden Aufgaben und Zuständigkeiten, die mit einem entsprechenden Zuwachs an Macht verbunden waren, entsprach die Aufblähung des Personalapparats: 1950 betrug die Stärke der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS 1 000 Personen; 1953 waren es bereits 4 000; 1955 belief sich die Zahl auf 13 000 und 1957,

beim Wechsel von Wollweber zu Mielke, auf 17 500 – immer offiziellen Zahlen zufolge. Der weitere Anstieg von 52 700 im Jahre 1973 auf 85 600 im Jahre 1989 nahm schließlich absurd anmutende Dimensionen an.

In der Endphase der DDR gliederte sich das MfS in dreizehn Hauptabteilungen und zwanzig selbständige Abteilungen, mehrere Stäbe, Verwaltungen und zentrale Arbeitsgruppen – darunter die für Lageanalysen zuständige Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) – sowie in die für „Aufklärung“ (Spionage) und „aktive Maßnahmen“ zuständige Hauptverwaltung A. Auf mittlerer Ebene stützte sich das MfS auf fünfzehn Bezirksverwaltungen (einschließlich Ost-Berlins), deren Leiter dem Minister für Staatssicherheit unmittelbar unterstellt waren, sowie auf 211 Kreisdienststellen und sieben Objektdienststellen, die in industriellen Großbetrieben sowie an der Technischen Universität Dresden existierten. Die „operative Basis“ des MfS stellten Inoffizielle Mitarbeiter (IM) dar. Sie bildeten ein verdecktes Informationsnetz, in dem zuletzt mehrere hunderttausend IM tätig waren. In Kombination mit der permanenten Kontrolle des Post- und Fernmeldeverkehrs war so in der Tat eine „flächendeckende Überwachung“ der Bevölkerung kein unerreichbares Ziel mehr [→ Rudolf, Protokoll Nr. 23]. Querverbindungen zur Polizei, insbesondere zur Abteilung K 1 der Kriminalpolizei, sicherten jederzeit Einblick in und Einfluß auf die operative Parteiarbeit [→ Bericht Marquardt].

Die Gefährlichkeit eines solcherart überdimensionierten Überwachungs- und Unterdrückungsapparates, dessen Budget sich in der Endzeit der DDR auf jährlich 4 Milliarden Mark belief, lag in der Bündelung seiner nicht legal definierten und darüber hinaus unkontrollierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan in schweren politischen Strafsachen, als Einrichtung zur Beschaffung von Devisen und als Spionagedienst in der Gewalt der führenden Clique der Politbürokratie.

Das Wachregiment Berlin des MfS war als Verfügungstruppe des MfS in Spannungszeiten gedacht. Normalerweise nahm es Aufgaben des Personen- und Objektschutzes wahr. Mit 11 700 Mann hatte es zuletzt Divisionsstärke erreicht. Soldaten des Wachregiments, das sich als Elitetruppe verstand, waren am 6. Oktober 1989 in Ost-Berlin an dem gewalttätigen Vorgehen gegen friedliche Demonstranten beteiligt.

Zu den Aufgaben des MfS gehörte laut Statut auch die Verpflichtung, „die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu informieren“. In der alltäglichen Praxis lief diese Verpflichtung auf eine regelmäßige Unterrichtung der führenden Kader der SED, speziell des Generalsekretärs der SED, ausgewählter Mitglieder des Politbüros sowie der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, hinaus.

Im Selbstverständnis der DDR zählte das MfS zu den „bewaffneten Organen“

der DDR, die – soweit sie nicht dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt waren – in Spannungszeiten der Befehlsgewalt des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) unterstanden. Dieser Sachverhalt erklärt, warum auch der Staatssicherheitsdienst strukturell und personell in die Einsatzleitungen einbezogen war, die sich aus dem Hauptstab des NVR, den Bezirkseinsatzleitungen und den Kreiseinsatzleitungen zusammensetzten. Auf jeder Ebene führten Einsatzleitungen in den Bezirken und Kreisen unter Leitung des jeweiligen Parteichefs den für die Sicherheit zuständigen Parteisekretär sowie die Chefs des Staatssicherheitsdienstes, der Volkspolizei und der Volksarmee zusammen. Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates war der Generalsekretär der SED, Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung jeweils der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Vorsitzender der Kreiseinsatzleitung jeweils der Erste Sekretär der Kreisleitung der SED. Die Einsatzleitungen aller Ebenen traten nicht nur beim inneren Notstand oder bei internationalen Spannungen, sondern auch in normalen Zeiten zusammen, um regelmäßig Fragen der militärischen, vor allem der inneren Sicherheit zu beraten und dazu in ihre Zuständigkeit fallende Entscheidungen zu treffen. Für das Verhältnis von SED und MfS waren diese Zusammenhänge deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Parteichefs als Vorsitzende der Einsatzleitungen jeweils auf ihrer Ebene unmittelbar weisungsbefugt auch gegenüber dem Staatssicherheitsdienst waren.

Neben vielfältigen Sonderaufgaben zur Absicherung des Lebensstandards der DDR-Elite sollte mit der Schaffung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung unter dem MfS-Oberst Alexander Schalck-Golodkowski ein eigener Beitrag des Ministeriums für Staatssicherheit zur Devisenbeschaffung geleistet werden. Die Stasi war damit auch in Kunstraub, Häftlingsfreikauf, Waffenhandel, Handel mit Embargogütern und in die Finanzierung von kommunistischen Gruppierungen außerhalb der DDR einbezogen.

Vor dem Hintergrund des personellen und materiellen Aufwands, mit dem die SED das MfS ausgestattet hatte, bleibt die Frage nach seiner Effizienz offen. Sie ist historisch beantwortet: Auch das MfS konnte den Zusammenbruch der DDR nicht verhindern. Dazu war die revolutionäre Krise, in die der SED-Staat Ende der achtziger Jahre geraten war, zu tiefgehend. Zudem vermochte die Politbürokratie die Überfülle an Informationen, die im MfS „erarbeitet“ worden war, bei ihrer Willensbildung und Entscheidungsfindung kaum auszuwerten.

Entscheidende äußere Ursachen kamen hinzu. Analog den in der DDR stationierten Sowjettruppen, die „Gewehr bei Fuß“ standen, griff das KGB 1989 nicht sichtbar in den revolutionären Prozeß ein – und demoralisierte damit den Staatssicherheitsdienst. Darin mag letztlich auch der Grund dafür gelegen haben, daß das MfS auf bewaffneten Widerstand gegen den revolutionären Wandel in der DDR verzichtete [→ Bericht VI. Themenfeld]. Mit der Krise

der SED geriet zugleich das MfS in die Krise. Ein Staat im Staate – wäre das MfS denn ein solcher gewesen – hätte sich nicht widerstandslos gefügt. Da sich die Existenz des MfS ausschließlich aus seiner Funktion als Machtinstrument der SED herleitete, war sein Niedergang an das Ende der SED verbunden.

Wie dargelegt, sollte und wollte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR „Schild und Schwert der Partei“ sein; nach Auffassung der Politbürokratie wie nach seinem Selbstverständnis war das MfS also das wichtigste Herrschaftsinstrument der SED. Aus diesem Grunde ist der Führung prinzipiell auch die politische Verantwortung für die Tätigkeit der Staatssicherheit zuzuweisen. Andererseits war das MfS aber nicht nur ein bloßes Ausführungsorgan der SED. Mit seinem Machtpotential und seiner Effizienz sicherte das MfS die Herrschaft der SED und ermöglichte erst viele ihrer Maßnahmen. An dieser Gesamtverantwortung tragen alle Mitarbeiter des MfS, hauptamtliche wie inoffizielle mit, wobei zwischen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern gewiß zu differenzieren ist, wenn der Grad ihrer Verantwortlichkeit gemessen wird. Gleichwohl ist die Rolle der Inoffiziellen Mitarbeiter nicht gering zu erachten, denn sie waren es, die durch ihre verdeckte Spitzeltätigkeit die ersten und zudem privaten Äußerungen von Opposition und Andersdenken aufspürten und meldeten. Mit ihrer Überwachungsfunktion bewirkten sie die völlige Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der freien politischen Auseinandersetzung in der DDR. Sie trugen damit Mitverantwortung für die in der DDR herrschende Atmosphäre der Einschüchterung, des gegenseitigen Mißtrauens und der Verstellung.

Bei der individuellen Verantwortung ist zwischen solchen Mitarbeitern des MfS zu unterscheiden, die für konkrete Maßnahmen gegen Einzelpersonen verantwortlich waren, und solchen, die allgemein das Funktionieren dieses Unterdrückungsinstruments sicherten. Bei den ersteren ist die Verantwortung keineswegs hauptsächlich bei denen zu suchen, die die Maßnahmen ausführten. Größer ist die Verantwortung derjenigen, die als „Schreibtischtäter“ die Maßnahmen planten und anordneten, insbesondere dann, wenn sie einen gewissen Entscheidungsspielraum hatten. Die Mitarbeiter des MfS unterlagen zwar bei ihrer Tätigkeit bestimmten dienstrechtlichen Regelungen. Diese eröffneten jedoch teils allgemein durch den Grundsatz der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ als „parteiliche Anwendung der Gesetze“, teils durch ihre gewollte Zweideutigkeit Möglichkeiten für Zwangs- und Willkürakte gegenüber dem Einzelnen; außerdem wurde das zweideutige DDR-Recht auch bewußt mißbraucht oder wissentlich gebrochen, wenn und insofern die Interessen der Politbürokratie der SED oder des MfS dies erforderlich zu machen schienen. Die geltenden DDR-Gesetze waren niemals ein ernsthaftes Hindernis für Rechtsmißbrauch oder Rechtsbruch durch das MfS. Die Vergehen reichten von der groben Mißachtung von Menschenrechten bis zur Strafvereitelung und Rechtsbeugung aus politischen Gründen.

Zwar galten für die übergroße Mehrzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS, die als Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale Dienst taten, wie für andere Angehörige der „bewaffneten Organe“ besondere dienstrechtliche Bestimmungen. Durch den von ihnen zu leistenden Fahneid waren sie verpflichtet, „den Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen“. Eine zusätzliche politische Bindung gingen sie mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung bei Eintritt in das MfS ein. Aber nach § 258 StGB der DDR war ein Befehl, dessen Ausführung gegen die anerkannten Normen des Völkerrechts oder gegen Strafgesetze verstieß, unverbindlich. Diese Bestimmung wurde in einer Vielzahl von Fällen mißachtet. Inwieweit Angehörige des MfS durch Drohung zur Ausführung rechtswidriger Befehle gezwungen wurden, bedarf der Nachprüfung im Einzelfall.

Von den Inoffiziellen Mitarbeitern tragen zweifellos jene die größte individuelle Verantwortung, die mit ihrer Zuträgerarbeit oder durch aktive Ausführung von „Zersetzungsplänen“ an Unrechtsmaßnahmen gegen Einzelne mitgewirkt haben.

4. *Rolle und Funktion von Blockparteien und Massenorganisationen*

4.1. *Ansätze zu einer Neubewertung*

Eine grundlegende Neubewertung von Rolle und Funktion der Blockparteien (hierunter werden im folgenden die CDUD, LDPD, NDPD und DBD verstanden, nicht die ebenfalls zum „Demokratischen Block“ gehörende SED) und Massenorganisationen ist auch aufgrund neuerer Forschungsergebnisse nicht erforderlich: Sie waren unselbständige, von der SED abhängige Organisationen. Dieses Gesamtbild wird sich in Teilaspekten sehr wohl verändern: So entwickelten die sogenannten Blockparteien offensichtlich mehr politischen „Eigensinn“ (Siegfried Suckut), vor allem auf den unteren Ebenen, und unterschieden sich zudem in ihrem Verhalten stärker voneinander, als bisher verschiedentlich angenommen wurde. Eine differenzierte Beurteilung erfordert dabei eine Abgrenzung der CDUD und LDP von den erst 1948 durch SMAD/SED gegründeten NDPD und DBD. Während in den beiden 1945 gegründeten Parteien CDUD und LDP durchgängig Traditionslinien bürgerlicher Politik und ein trotz der sozialökonomischen Umwälzungsprozesse in der Mitgliedschaft zu beobachtendes Festhalten an eigenen Wertvorstellungen zu konstatieren sind, waren NDPD und DBD von vornherein vom Führungsanspruch der SED abhängig; sie dienten der SED als Instrumente gegen die nichtsozialistischen Altparteien und zur Spaltung bürgerlicher, liberal bzw. christlich orientierter Bevölkerungskreise. [→ Expertisen Richter II, Frölich, Papke, Nehrig].

Die gesellschaftspolitische Funktion der Massenorganisationen ist bekannt und bedarf keiner Neubewertung. Festzuhalten ist, daß es ihnen zu keinem Zeitpunkt gelungen ist, das Leben der Bevölkerungsmehrheit in der DDR tiefgreifend zu prägen. Sie übten insofern nur in geringem Umfang zwischen Regime und Bevölkerung eine „moderierende Scharnierfunktion“ [→ Expertise Hübner] aus, wirkten aber immerhin systemstabilisierend. Weitergehende Fragestellungen, vor allem nach sozialgeschichtlichen Auswirkungen ihrer Tätigkeit, konnten bisher noch nicht näher untersucht werden [→ Expertisen Eckert I, Hübner].

Die wichtigsten Massenorganisationen – der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (KB) – wurden zwischen 1945 und 1947 als dem Anspruch nach überparteiliche Organisationen gegründet. Die Kommunisten verschafften sich allerdings schon in der Gründungsphase beherrschenden Einfluß auf den hauptamtlichen Apparat, durch den sie diese Massenorganisationen im kommunistischen Sinn dominierten. Die FDJ wurde gezielt als „Kaderschmiede“ der SED funktionalisiert. Eine Werbung für andere Parteien war in den FDJ-Gruppen untersagt. Gleichzeitig sind Versuche zur Gründung von Suborganisationen (z. B. Jugendausschüsse) in den Blockparteien unterbunden. Die Massenorganisationen wurden zur Einflußminderung von CDUD und LDPD auf Betreiben der SED in den „Block“ aufgenommen und damit auch offiziell zu Bestandteilen des politischen Systems. Der Einflußminderung von CDUD und LDP diente auch die durch Blockbeschluß (statt durch Wahlen) erfolgte Aufnahme von NDPD und DBD in die Landes- und Kommunalparlamente. Im „Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen“, wie die „Einheitsfront“ seit 1949 genannt wurde, sicherte sich die SED so eine unangreifbare Vormachtstellung.

Um diese Vormachtstellung auch ohne demokratische Legitimation dauerhaft aufrechterhalten zu können, schuf die SED am 7. Oktober 1949 – dem Gründungstag der DDR – die „Nationale Front des Demokratischen Deutschland“. Als eine Art Dachorganisation von zuletzt insgesamt fünf Parteien und 27 Massenorganisationen bestand ihre Hauptaufgabe u. a. darin, von der SED diktierte Einheitslisten für die Scheinwahlen zu den Volksvertretungen aufzustellen, die den Parteien und Massenorganisationen des „Demokratischen Blocks“ eine stets gleichbleibende, nur auf Geheiß der SED gelegentlich geänderte Zahl von Mandaten sicherte. Darüber hinaus diente sie der SED als Bühne bzw. Instrument für ihre politische Einheitspropaganda.

Die Blockparteien und Massenorganisationen konnten im „Demokratischen Block“ keinen eigenständigen Einfluß geltend machen, wurden aber von der SED zur sachlichen Zuarbeit herangezogen und mußten politische Entscheidungen der SED nach außen hin mitverantworten.

4.2. Die gesellschaftliche Funktion: „Transmission der SED-Politik“

Nach der Gleichschaltung von CDU und LDPD sowie dem von der SED offiziell erklärten Übergang zum „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ im Jahre 1952 übernahmen die Blockparteien und Massenorganisationen, auch in Form von neuen Parteiprogrammen bzw. Satzungen, die ihnen von der SED zugewiesene „Transmissionsfunktion“: Sie sollten die Politik der SED in bestimmte soziale Zielgruppen hineinragen, um diese damit in die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu integrieren. Zudem verfolgte die SED das Ziel, potentielle oppositionelle Strömungen mittels dieser Parteien zu kontrollieren und zu kanalisieren.

Während sich die Massenorganisationen an alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft wandten und sie entsprechend ihren sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisieren sowie für die Politik der SED mobilisieren sollten, bestand die Aufgabe der Blockparteien speziell darin, auf traditionell eher „bürgerlich“ geprägte, der SED fernstehende Bevölkerungskreise, wie z. B. private Handwerker, Kleingewerbetreibende und Freiberufler (LDPD), Christen (CDU), Bauern (DBD) ideologisch-erzieherisch im Sinne der SED einzuwirken oder als Sammelbecken für ehemalige Wehrmachtsangehörige und Nationalsozialisten (NDPD) zu dienen. Die SED achtete aber darauf, daß durch eine geschickte Klientelvermischung keine Blockpartei zu stark auf bestimmte Bevölkerungsschichten reflektieren konnte.

Nach dem Willen der SED war es die Aufgabe der Blockparteien, in bürgerlichen Bevölkerungsgruppen das Bewußtsein für die propagierte historisch-gesetzmaßige Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu stärken. Erreicht werden sollte zudem eine Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte und des ökonomischen Potentials in diesen Parteien für den „Aufbau des Sozialismus“.

Ihren Aufgaben sind die Blockparteien offensichtlich nur ungenügend gerecht geworden [→ Suckut, Protokoll Nr. 22]. Bis zu einem gewissen Grad ist die gesellschaftliche Mobilisierung zwar gelungen; der Rückschluß, daß dadurch aber eine nachhaltige Systemstabilisierung erreicht worden sei, ist aufgrund neuerer Forschungsergebnisse so nicht zulässig [→ Expertisen Richter II, Papke]. Die Blockparteien haben die ihnen von der SED zugedachte Funktion als „Transmissionsriemen“ nur bedingt erfüllt. Obwohl – beispielsweise – der dem Marxismus-Leninismus immanente Atheismus lediglich von der CDU abgelehnt oder in Frage gestellt werden durfte, konnte diese Partei in der christlichen Bevölkerung nicht wirklich Fuß fassen oder gar maßgeblichen Einfluß auf die Kirchen und ihre Amtsträger gewinnen.

Im übrigen organisierten sich in den Blockparteien viele Angestellte und Intellektuelle, die von der SED ihrerseits zumindest als potentielle Mitglieder

hätten angesehen werden können. Wie erste Untersuchungen zeigen, war die tatsächliche Wirkung der politisch ideologischen Erziehung bei der Mehrzahl der Mitglieder in den Blockparteien eher gering [→ Expertisen Richter II, Papke].

Den Massenorganisationen gelang, begünstigt durch Organisationsmöglichkeiten in den Betrieben, zumindest eine flächendeckende Erfassung der DDR-Bevölkerung. Viele Menschen gehörten sogar zwei oder drei dieser gesellschaftlichen Organisationen an. Besonders hoch war der Organisationsgrad des FDGB, der fast sämtliche Berufstätigen der DDR erfaßte, weil er Träger der DDR-Sozialversicherung war. Da die Massenorganisationen jedoch unter dem ideologischen Postulat der gesamtgesellschaftlichen Interessenidentität die tatsächlich vorhandenen, auch konfliktträchtigen Interessen ihrer Mitglieder nicht wirksam vertreten konnten, gelang es ihnen nicht, eine dauerhafte und tiefgehende Mobilisierung ihrer Mitglieder für die von der SED vorgegebenen Ziele zu erreichen.

4.3. *Das Verhältnis zur SED: Abhängigkeit und Kontrolle*

Sowohl Blockparteien als auch Massenorganisationen standen in einem grundsätzlichen Abhängigkeitsverhältnis zur SED. Während die letzteren von der SED selbst direkt gelenkt wurden, forderte die „führende Partei“ von den Blockparteien ausdrücklich „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ zur Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Auf Blockparteien wie Massenorganisationen übte die SED jedoch über ihren Parteiapparat – speziell über die ZK-Abteilung „Befreundete Parteien und Massenorganisationen“ sowie über das Ministerium für Staatssicherheit – ständige Kontrolle aus. Mit Hilfe eines Nomenklatursystems, dessen genaue Funktionsweise noch zu untersuchen bleibt, besetzte sie alle wichtigen Führungspositionen in den Massenorganisationen mit ihren Funktionären. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß die SED durch gezielte Einschleusung von eigenen Funktionären sowie Abstimmung ihres Vorgehens mit dem MfS massiv Einfluß auf die Personalpolitik der Blockparteien nahm [→ Expertisen Papke, Richter II].

Die Selbständigkeit der Blockparteien wurde außerdem durch zahlreiche organisatorische Regelungen eingeschränkt: Sie durften z. B. seit 1953 nur noch in territorialen Organisationen arbeiten, nicht jedoch wie die SED und die Massenorganisationen auch in Betrieben und Verwaltungen präsent sein. Auch Kooperationsabsprachen zwischen den einzelnen Blockparteien konnten auf allen Ebenen nur über die SED bzw. den „Demokratischen Block“ oder die „Nationale Front“ erfolgen. Durch ein ausgedehntes Informations- und Berichtswesen, das Massenorganisationen und Blockparteien von unten nach oben durchlief und auf den verschiedenen Ebenen mit dem Parteiapparat

der SED sowie mit dem MfS eng verknüpft war, hatte sich die „führende Partei“ ein zusätzliches Kontrollinstrument geschaffen. Die Stimmungslage der Bevölkerung sollte so ständig beobachtet, eventuelle politische Konflikte sollten frühzeitig erkannt und durch gezielte Kampagnen von oben nach unten bekämpft werden.

4.4. *Das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Funktionären*

In Blockparteien und Massenorganisationen gab es zwischen einfachen Mitgliedern und den Funktionären als Repräsentanten des jeweiligen „Apparates“ qualitative politische Unterschiede. Die Unterscheidung zwischen dem hauptamtlichen Apparat in den Blockparteien und der Mitgliedschaft ist von fundamentaler Bedeutung, wenn man den Lebensverhältnissen in der ehemaligen DDR gerecht werden will.

Bedingt durch die Abhängigkeit und Nähe der Blockparteileitungen zur SED bestand zwischen ihr und der jeweiligen „Parteibasis“ in den Ortsgruppen oft eine von Mißtrauen geprägte politische Kluft. Während sich die Blockparteileitungen immer wieder rituell öffentlich zu den Verhältnissen in der DDR bekannten und jede Wendung der SED-Linie willig nachvollzogen, standen viele Mitglieder von Blockparteien der „führenden Rolle“ der SED passiv hinnehmend oder innerlich ablehnend gegenüber. Eine genaue Trennlinie zwischen der „Parteibasis“ und dem linientreuen „Parteiapparat“ zu ziehen, ist dabei sehr schwer, denn auch hauptamtliche Kreissekretäre setzten sich teilweise gegen zentrale Anweisungen für die Belange von Mitgliedern und Ortsgruppen ein. Eine Folge dieser politischen Kluft war, daß zentrale Vorgaben vom Parteiapparat und seinen Funktionären zwar nach unten weitergeleitet, in den einzelnen Ortsgruppen aber nur formal oder oft gar nicht umgesetzt wurden.

Auch in den Massenorganisationen verlief zwischen Mitgliedern sowie den durch intensive Lehrgangs- und Schulungstätigkeit herausgebildeten Funktionärshierarchien eine deutliche Trennlinie. Während die vor Ort, z. B. im Betrieb oder im Wohngebiet, tätigen ehrenamtlichen Funktionäre von den Mitgliedern in der Regel als eigene Interessenvertreter und Vertrauensleute anerkannt wurden, galten ihnen bereits die auf Kreisorganisationsebene tätigen Funktionäre als Angehörige des nicht genau zu durchschauenden und von der SED gelenkten „Apparates“.

Da der Loyalitätsdruck gegenüber der SED von unten nach oben stetig zunahm und die Führungen der Blockparteien somit als reine Steuerungsinstrumente der SED betrachtet werden können, ist es Aufgabe der Forschung, die individuelle politische Verantwortung differenziert zu untersuchen.

4.5. *Motive für die Mitgliedschaft*

Die Massenorganisationen waren integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens in der DDR. Sich für eine Mitgliedschaft zu entscheiden, war deshalb nahezu eine Selbstverständlichkeit und meist keine bewußte politische Entscheidung. Ausschlaggebend war in vielen Fällen die „Monopolfunktion“ der jeweiligen Organisationen für bestimmte Betätigungen oder soziale Leistungen: So wurde man als Berufstätiger Mitglied im FDGB, dem alleinigen Träger des Sozialversicherungssystems (Urlaubsbetreuung; Zuschuß bei längerer Krankheit und bei Geburt des Kindes; Bewilligung von Kuren; Stellungnahme bei Antrag auf Invalidität; Sterbegeld, Notwendigkeit einer Empfehlung beim Bau eines Eigenheimes oder Bungalows). Auch der Nachweis eines gewissen gesellschaftlichen Engagements, der von der SED als Loyalitätsbeweis immer wieder gefordert wurde, konnte durch eine – oft nur formale – Mitgliedschaft, z. B. in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetischen Freundschaft“ (DSF), relativ leicht erbracht werden. Die hohen Beitragsrückstände einzelner Mitglieder und „Eintrittswellen“ infolge gezielter Werbekampagnen lassen vermuten, daß es insgesamt sehr viel mehr politisch unmotivierte oder rein formale als politisch engagierte Eintritte gab.

Dagegen war der Eintritt in eine Blockpartei in der Regel ein überlegter bzw. zweckorientierter Schritt, mit dem der einzelne eine bewußte politische Entscheidung traf und sich von anderen deutlich absetzte. Nicht zuletzt deshalb können auch die persönlichen Motive und Beweggründe für den Eintritt in eine bestimmte Blockpartei als Grundlage für Aussagen zum politischen Selbstverständnis dieser Parteien und ihrer Haltung zum SED-Regime herangezogen werden. Durch die Mitgliedschaft in einer Blockpartei konnte man auf lokaler Ebene gewisse eigene – wenn auch oft nur geringfügige – Akzente setzen und die Schutzfunktion der Blockparteien als „politische Nischen“ nutzen [→ Expertisen Richter II, Papke]. Der überwiegende Teil der Mitglieder von CDU und LDPD entwickelte in vieler Hinsicht routinierte Ausweichmechanismen gegenüber den permanenten ideologischen Indoktrinationsversuchen. Insofern darf der formelle Nachweis von Staatsloyalität durch den Beitritt zu einer Blockpartei nicht undifferenziert mit einem Nachweis wirklicher Loyalität zum System des „real existierenden Sozialismus“ gleichgesetzt werden.

Vielmehr kann man zu Recht von Systemdistanz bei vielen Mitgliedern in den Blockparteien sprechen. Wichtige Gründe für den Parteibeitritt waren z. B. bei Handwerkern und Gewerbetreibenden der Austausch mit Gleichgesinnten sowie praktische Lebens- und Berufshilfe vor Ort; mancherorts setzte die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis die Mitgliedschaft in einer Blockpartei (vor allem der LDPD) voraus. Die Blockparteien fungierten somit als eine Art Meinungsforum und berufliche Interessenvertretung bei konkreten Einzelproblemen. Ausschlaggebend war für viele Mitglieder, daß sie durch

ihren Eintritt das von der SED für bestimmte berufliche Ziele geforderte politische Engagement nachweisen konnten, ohne der SED selbst beitreten zu müssen. Der Aufstieg in politische Spitzenämter und hohe Leitungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war ihnen damit allerdings meist verwehrt. Zudem sind Mitglieder von Blockparteien in der Regel von einer Beschäftigung in sicherheitsempfindlichen Bereichen (z. B. Offiziersränge in der NVA; Tätigkeit bei der SDAG Wismut) ausgeschlossen gewesen. Auch eine Mitgliedschaft in den Betriebskampfgruppen war bis in die späten achtziger Jahren nicht möglich.

4.6. *Die Frage der politischen Verantwortung*

Nach ihrer Gleichschaltung dienten Blockparteien und Massenorganisationen der SED zur Absicherung ihres Herrschaftssystems. Als „Transmissionsriemen“ instrumentalisiert, sollten sie die Politik der SED über ein weitverzweigtes Organisationsgeflecht in sämtliche Bereiche der Gesellschaft hineintragen und umsetzen. Auch wenn ihnen dies im Sinne einer ideologischen Erziehung der Bevölkerung zur Konformität mit der SED-Politik offensichtlich nicht gelang [→ Suckut, Protokoll Nr. 22], fungierten sie als Hilfsinstrumente, mit denen die SED das politische System der DDR beherrschen und sich Informationen über die tatsächliche politische Stimmungslage der Bevölkerung verschaffen konnte.

Bei der Bewertung der Blockparteien müssen ihre völlig unterschiedlichen Funktionen für die SED, für die Funktionäre der Blockparteien und für die Mitglieder Berücksichtigung finden. Mit der Übernahme von Funktionen in Teil- und Randbereichen der Gesellschaft trugen sie zweifellos zu einer gewissen Stabilisierung des politischen Systems der DDR bei. Indessen kann aufgrund aufgezeigter Faktoren nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am Regime gesprochen werden.

Bemerkenswert bleibt, daß ein gesamtdeutscher Bezug in der Mitgliedschaft der beiden vormals bürgerlichen Parteien CDU und LDPD nie ganz erloschen ist. In der Politik der beiden Blockparteien hatte er allerdings eine geringe und zudem unterschiedliche Bedeutung. Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland lehnte Kontakte zur Block-CDU ab, um eine Aufwertung der SED-abhängigen Parteiführung zu vermeiden; sie sah in der Exil-CDU die legitime Vertreterin der christlichen Demokraten der DDR. Demgegenüber gab es in der FDP seit 1956 kontinuierliches Interesse an Gesprächen mit Vertretern der LDPD – zum einen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, zum anderen in der Hoffnung, auf diesem Wege politische Anregungen in die SED hineinbringen zu können. Dieses Interesse konnte die LDPD aber über einige kurzfristige Aufmerksamkeitserfolge hinaus systembedingt nur begrenzt nutzen. In der friedlichen Revolution von 1989/90 trat die in den vorherigen

Jahrzehnten latente gesamtdeutsche Identität in beiden Parteien wieder offen hervor und bestimmte deren neue politische Wirksamkeit [→ Bericht VI. Themenfeld].

4.7. *Gesamtdeutsche Parteistrukturen*

Im Zuge der „friedlichen Revolution“ von 1989/90 wandelten sich die Blockparteien in einem ebenso schwierigen wie konfliktreichen Prozeß nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von der SED zu eigenständigen Organisationen. CDU und LDP wurden von den Bonner Regierungsparteien als Schwesterparteien anerkannt und unterstützt. Erste sichtbare Zeichen des Wandels bildeten – regionale und in ihrer Art unterschiedliche – Auseinandersetzungen zwischen Parteibasis und Parteiführung. Diese Kontroversen führten zur Ablösung der bisherigen Parteiführungen, zur Wahl neuer Vorsitzender in demokratisch einwandfreien Verfahren, zur Aufkündigung der Blockpolitik, zur Streichung der Anerkennung des SED-Führungsanspruchs aus der Satzung und zu der Festlegung, nicht wieder mit der SED/PDS zusammenzuarbeiten.

Bereits im Frühjahr 1990 fanden sich neugegründete Parteien und die veränderten ehemaligen Blockparteien CDU und LDP zu Wahlbündnissen zusammen. Der Demokratische Aufbruch (DA), die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Ost-CDU bildeten die „Allianz für Deutschland“; die LDP, die Deutsche Forumpartei und die F.D.P. in der DDR bildeten den Bund Freier Demokraten. So personell und politisch verändert, war nach der Fusion von DA, Demokratischer Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Ost-CDU auf der einen und nach der Fusion von LDP und NDPD zur Partei Bund Freier Demokraten und dem Zusammengehen mit der Deutschen Forumpartei und der F.D.P. in der DDR auf der anderen Seite der Weg frei zum jeweiligen Zusammenschluß mit der westdeutschen CDU und F.D.P. zu gesamtdeutschen Parteien. Historisch fand damit eine Entwicklung ihren Abschluß, die bereits in den ersten Nachkriegsjahren eingeleitet worden war, als Christdemokraten wie Liberale die Bildung gesamtdeutscher Parteien anstrebten und als organisatorische Vorformen eine zonenübergreifende Arbeitsgemeinschaft (CDU) bzw. eine Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gebildet hatten.

Für die CDU und F.D.P. stellt sich durch den Zusammenschluß mit den ehemaligen Blockparteien die Aufgabe, ihre jeweilige Parteigeschichte ebenso kritisch wie verantwortungsbewußt aufzuarbeiten. Unterschiedliche politische Wege in zwei entgegengesetzten Systemen haben Prägungen geschaffen, die bis heute fortwirken und eine ebenso sensible wie vorurteilsfreie Bewertung erfordern. Voreilig von politisch-moralischen Kontinuitäten zu sprechen, wird dem Auftrag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit nicht gerecht. In dem Bemühen von Ost- wie Westdeutschen in beiden Parteien, trotz unterschiedlicher Biographien gemeinsam für politische Ziele in

einer pluralistischen Demokratie einzutreten, zugleich aber jenen die Mitarbeit zu verweigern, die in der DDR anderen Menschen nachweislich Schaden zugefügt haben, liegt für CDU und F.D.P. die besondere Herausforderung, am Prozeß der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands mitzuwirken.

4.8. *Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter, Weber*

4.8.1. *Vorbemerkung*

„Der vorliegende Text beschränkt sich auf die Darstellung der Funktion der Blockparteien im SED-Herrschaftssystem, weil hinsichtlich der Massenorganisationen kein Dissens zum Bericht der Koalitionsfraktionen besteht.

Die Blockparteien waren verlässliche Stützen des SED-Regimes. Vom Staat wurden sie mit erheblichen materiellen Ressourcen ausgestattet. Sie existierten als von der SED abhängige, instrumentalisierte Organisationen, die breite Schichten der Bevölkerung in das Herrschaftssystem der Einheitspartei einbinden sollten.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auch in der SBZ, wie in den westlichen Besatzungszonen, zunächst die SPD sehr schnell politisch handlungsfähig. Neben ihr gründeten sich außerdem CDU und die LDP als bürgerliche, demokratische Parteien, die rasch eine beachtliche Zahl von Mitgliedern gewinnen konnten. Diese beiden Parteien wurden jedoch von SMAD und KPD sehr bald systematisch unterwandert, so daß sie ihre Unabhängigkeit verloren. Durch die Zwangsvereinigung mit der KPD im April 1946 wurde auch die SPD als eigenständige politische Kraft beseitigt. Lediglich in Ost-Berlin gab es noch bis zum Bau der Mauer 1961 legale SPD-Gruppen. Sozialdemokraten, die sich dem SED-Kurs offen widersetzten, wurden politisch verfolgt, inhaftiert oder ermordet. Bei der Ausschaltung der bürgerlichen Parteien als unabhängige politische Kräfte verfolgten SMAD und SED-Führung eine andere Strategie: In die Leitungsgremien von CDU und LPD wurden systematisch SED-hörige Mitglieder eingeschleust, die dann in unauffälliger Weise auf SED-freundliche Entscheidungen hinwirkten. Um den Einfluß dieser beiden Parteien zu verringern, veranlaßte die SED zudem 1948 die Gründung von DBD und NDPD, in denen von Anfang an der SED ergebene Funktionäre ausschlaggebenden Einfluß besaßen.

Mit Druck und Einschüchterung, durch Verhaftungen und politische Prozesse hat die SED versucht, die politische Gleichschaltung der Blockparteien, vor allem von CDU und LDP, bis in deren Basis hinein durchzusetzen. Die Ereignisse im Juni/Juli 1953 zeigten jedoch, daß dies nicht vollständig gelang. Bis zum Mauerbau existierte an der Basis aller Blockparteien ein kritisches

Potential, das jedoch keinen Einfluß auf die Generallinie der Parteien besaß, zudem auch nach und nach hinausgedrängt wurde. Ende der fünfziger Jahre war der SED-Führung die vollständige Integration der Blockparteien in ihr Herrschaftssystem gelungen.

Bei der Beschreibung der Funktion der Blockparteien in diesem System stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- Welches Interesse hatten SMAD und SED, CDU und LDPD zu erhalten und NDPD und DBD zu gründen? Welchen Einfluß nahmen sie auf die Entstehung, innere Gestaltung und Entwicklung der Blockparteien?
- Inwieweit haben die Blockparteien die ihnen von der SED zugewiesene Funktion im Herrschafts- und Gesellschaftssystem der DDR tatsächlich wahrgenommen?
- Welche Handlungsspielräume hatten die Blockparteien innerhalb der ihnen von der SED gezogenen Grenzen und angesichts ihrer Anerkennung der Führungsrolle der Kommunisten?
- Wie funktionierte eine Blockpartei? Welche Beziehungen bestanden zwischen den einfachen Mitgliedern und den Funktionären auf den verschiedenen Leitungsebenen?
- Welche Motive haben Menschen zum Eintritt in eine der Blockparteien bewogen?
- Worin unterschieden sich die Mitglieder in den Blockparteien von der großen Mehrheit der parteilosen Bevölkerung?
- Welche Verantwortung tragen die Blockparteien für mehr als 40 Jahre DDR-Diktatur?
- Welche personellen, organisatorischen und finanziellen Kontinuitäten gibt es zwischen den ehemaligen Blockparteien und CDU wie F.D.P., in denen sie nach der Wende aufgegangen sind? Inwieweit profitieren diese beiden Parteien von den Privilegien, die die Blockparteien in der DDR genossen?

Einige dieser Fragen lassen sich beim gegenwärtigen Forschungsstand noch nicht abschließend beantworten. Sie müssen für die verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte anhand der nunmehr zugänglichen Archivalien weiter untersucht werden. Daraus könnten sich differenzierte Erkenntnisse ergeben.

4.8.2. *Die Funktion der Blockparteien im System der SED-Diktatur*

Die SED verzichtete auf die Abschaffung der Blockparteien, weil diese bis zum Herbst 1989 wichtige Funktionen für die Erhaltung des Regimes wahrnahmen. Die Blockparteien hatten

(a) eine Alibifunktion, indem sie die kommunistische Einparteienherrschaft

verschleiern helfen sollten, d. h. sie hatten die Aufgabe, Demokratie nach innen und außen vorzutäuschen;

- (b) einen gesamtdeutschen Auftrag, indem sie Kontakte vor allem in westliche Staaten dort aufrechterhalten sowie auf- und ausbauen sollten, wo SED-Funktionäre unerwünscht waren;
- (c) eine Mobilisierungsfunktion, indem sie der SED fernstehende Bevölkerungsgruppen ansprechen sollten, um sie in das DDR-System einzubinden und damit politisch zu disziplinieren.

Während die ersten beiden Funktionen zunehmend an Bedeutung verloren und die Mobilisierung nicht den erwünschten Erfolg einbrachte, erwiesen sich die Einbindungs- und die Disziplinierungsfunktion als dauerhafte und wichtigste Aufgaben.

4.8.2.1 *Alibifunktion*

In den Staaten des sowjetischen Imperiums, die über eine demokratische Tradition verfügten und vor dem Zweiten Weltkrieg ein Mehrparteiensystem besessen hatten, wurden nach Kriegsende wieder verschiedene, auch bürgerliche Parteien zugelassen, alsbald jedoch in einem Blockparteiensystem zusammengefaßt und damit der Kontrolle von sowjetischer Besatzungsmacht und kommunistischer Partei unterworfen. In der SBZ geschah dies entsprechend einem Diktum Ulbrichts: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir (die Kommunisten) müssen alles in der Hand haben!“ Sowohl der eigenen Bevölkerung als auch dem Ausland gegenüber sollte dadurch ein demokratischer Schein gewahrt werden. Die Existenz einer formalen Mehrparteiendemokratie, die innenpolitisch das Herrschaftsmonopol der SED in keiner Weise in Frage stellte, hatte gleichwohl außenpolitisch einige Bedeutung: Sie förderte bis in die achtziger Jahre hinein das Streben der SED nach internationaler Anerkennung und Ansehen. So wurden beispielsweise Besuchsdelegationen in Länder der Dritten Welt, vor allem nach Lateinamerika und Afrika, häufig von Spitzenfunktionären der Blockparteien geleitet.

4.8.2.2 *Gesamtdeutscher Auftrag*

Bis Anfang der siebziger Jahre hatten CDU und LDP die Aufgabe, unter den Anhängern der westdeutschen CDU und F.D.P. für die DDR und eine Wiedervereinigung unter kommunistischem Vorzeichen zu werben. Während die F.D.P. über Jahrzehnte hinweg Kontakte zur LDPD aufrechterhielt, verweigerte die CDU diese zur Ost-CDU (insbesondere die hier massiv Einfluß nehmende Exil-CDU, die durch ihren Vorsitzenden im CDU-Bundesvorstand vertreten war).

4.8.2.3 *Mobilisierung*

In der SBZ/DDR existierte eine vertikal und horizontal differenzierte, historisch gewachsene Gesellschaft mit unterschiedlichen sozialen Schichten, die ihrerseits spezifische geistige Prägungen aufwiesen und über ebenso spezifische Erfahrungen verfügten. Handwerker, Unternehmer und Bauern, eher national Gesinnte, Christen und bürgerliche Intellektuelle besaßen zur marxistisch-leninistischen Ideologie der SED oft eine traditionelle Distanz. Die Blockparteien übernahmen die Aufgabe, auf diese im Sinne der SED einzuwirken, um sie für das Regime zu gewinnen. Zur Begründung der SED-Politik trugen die Blockparteien meist nicht marxistisch-leninistische, sondern humanistisch-christliche bzw. liberale Deutungsmuster vor.

Jede dieser Parteien sollte bestimmte gesellschaftliche Zielgruppen erreichen. Die LDPD wandte sich an Handwerker und an die Reste des Mittelstandes, die CDU an die kleinen Unternehmer, an bürgerliche Intellektuelle und insbesondere an Christen, die DBD an die ländliche Bevölkerung und die NDPD an eher national gesinnte Kreise und frühere Berufssoldaten der Wehrmacht. Die Mitgliederwerbung durfte nur in den jeweiligen Bevölkerungsgruppen erfolgen, was von der SED streng kontrolliert wurde. Damit sollte das Wirken dieser Parteien von vornherein auf die ihnen zugewiesenen sozialen Schichten und Handlungsräume begrenzt werden. Ihrer Mobilisierungsfunktion konnten die Blockparteien insgesamt jedoch nur in geringem Umfang gerecht werden. Die ihnen zugeordneten Bevölkerungsschichten haben sie nicht zu überzeugten Anhängern des DDR-Systems machen können.

4.8.2.4 *Einbindung und Disziplinierung*

Im Laufe der Jahre mußte die DDR-Führung erkennen, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht von der Richtigkeit der Ideologie und Politik der SED überzeugt werden konnte. Zwar war diese auch weiterhin bemüht, die Menschen marxistisch-leninistisch zu indoktrinieren, doch wurde die politische Einbindung jener Menschen, die sich innerlich dem Wahrheitsanspruch der SED nicht unterwarfen, für die Fortexistenz des Regimes immer wichtiger. Für die SED und ihr Herrschaftssystem kam es mehr und mehr darauf an, daß sich die Menschen, wenn sie schon nicht überzeugt werden konnten, wenigstens den Erwartungen der SED entsprechend verhielten, d. h. spontane und subjektive politische Willensbekundungen unterließen und ein äußerliches Wohlverhalten an den Tag legten. Wer sich ideologisch der SED teilweise oder vollständig entzog, mußte zumindest formal in das System eingebunden werden. Dies zu erreichen, war eine wesentliche Aufgabe der Blockparteien, die sie bis zuletzt zuverlässig im Sinne der SED erfüllten. Wichtigste Zielgruppe war dabei die eigene Mitgliedschaft [→ Expertise Richter II]. Diese erreichte

mit zuletzt 470 000 Personen eine beachtliche Größenordnung (1987: CDU ca. 140 000, davon 20 000 hauptamtliche Staatsfunktionäre und Abgeordnete; LDPD 104 000; DBD 115 000, NDPD 110 000); der Einfluß der Blockparteien auf die parteilose Bevölkerungsmehrheit ging dagegen kontinuierlich zurück.

Den Funktionen der Blockparteien im Herrschaftssystem der SED entsprach es, den Macht- und Führungsanspruch der SED ohne Einschränkung anzuerkennen. Dazu gehörte aber auch, der marxistisch-leninistischen Ideologie fremde und entgegenstehende Denkmuster und Wertvorstellungen als durchaus mit dieser Ideologie vereinbar darzustellen bzw. sogar umzudeuten. Für die Erfüllung dieser Aufgabe wurden den Blockparteien von der SED begrenzte Freiräume gewährt. Dies sollte bei den Mitgliedern die Vorstellung fördern, daß die Blockparteien tatsächlich eine eigenständige Rolle spielten, auch wenn dies nur eine Fiktion blieb. In diesen Freiräumen durften die Blockparteien gelegentlich – und strikt im Rahmen der SED-Vorgaben – etwas von der SED-Linie abweichende politische Akzente setzen. Dabei wurde berücksichtigt, daß sie sich zwar an partiell Andersdenkende wandten, diese aber zur politischen Anpassung und zur Konfliktvermeidung mit der SED bereit waren. Die Konzession der Freiräume entsprach der Forderung der Einheitspartei an die Blockparteien, „eigenständige und unverwechselbare Beiträge“ zur Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR zu leisten. So hat die CDU in den achtziger Jahren – wenn auch in sehr engen Grenzen – ökologische Themen angesprochen. In den Verlagen der Blockparteien konnte Literatur erscheinen, die ein SED-Verlag nicht herausgegeben hätte. Durch die Bereitstellung begrenzter, von der SED streng kontrollierter politischer Freiräume suchten die Blockparteien auch jene Menschen für eine gesellschaftliche Mitarbeit zu gewinnen, zu denen die SED keinen Zugang hatte. Gerade in Phasen machtpolitischer Verunsicherung erfreuten sich deshalb die Blockparteien besonderer Wertschätzung durch die SED-Führung, die von ihnen Hilfe bei der Kontrolle von Unruhepotential in bestimmten Gesellschaftsschichten erwartete. Die Grenzen zugestandener Freiräume lagen nie von vornherein fest, so daß es im Einzelfall auch immer wieder zu Konflikten gekommen ist. Selbst in diesen Freiräumen konnten die Blockparteien nicht politisch eigenständig handeln. Sogar die Reden ihrer Funktionäre wurden von den zuständigen SED-Gremien, unabhängig von dem behandelten Thema, zensiert.

Alle Versuche, heute eine politische Mitverantwortung für die Politik des SED-Regimes und seine lange Lebensdauer allein den Funktionsträgern der Blockparteien anzulasten, mißachten die vielfältigen Erfahrungen der DDR-Bevölkerung, insbesondere der kritisch-oppositionellen Gruppen und Kirchen. Zwar gab es – was durchaus nicht selbstverständlich war – Unterschiede im Verhalten von Mitgliedern der SED und der Blockparteien. Aber im

Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung, die keiner Partei angehörte, fielen auch Mitglieder von Blockparteien durch ihr deutlich unkritisches Mitmachen, durch Anpassung und Loyalität gegenüber dem System auf. So war Mißtrauen gegenüber CDU-Mitgliedern gerade in den Kirchen weit verbreitet.

Materiell waren die Blockparteien von der SED abhängig; finanziert wurden sie weitgehend aus dem Staatshaushalt. Bei allen ihren Entscheidungen – tagespolitischen, programmatischen und personellen – wurden die Erwartungen der SED als unumstößliche Vorgaben behandelt, gelegentlich sogar in vorausgehendem Gehorsam als Leitlinien für das eigene Handeln antizipiert. Häufig war es daher gar nicht nötig, daß die SED ihr gesamtes Steuerungs- und Kontrollpotential sichtbar einsetzte.

Die Blockparteien waren somit – ohne Einschränkungen seit Anfang der sechziger Jahre – ein Teil der SED-Diktatur mit wichtigen Stabilisierungsfunktionen. Sie tragen daher insgesamt und vor allem ihre Funktionäre Mitverantwortung für das Unrecht in 40 Jahren DDR-Geschichte. So wenig, wie innerhalb der Blockparteien selbständiges politisches Handeln möglich und so gering ihr Status als unabhängige politische Akteure insgesamt war, so wenig gingen auch von ihnen Impulse für politische Veränderungen aus. Erst recht stellten sie kein Potential zur Überwindung der Diktatur und damit auch keine politische Gefahr für die SED dar.

Die politische Bedeutung der Blockparteien wuchs erst, als die Macht der SED sichtbar zu verfallen begann. Zum Sturz der Diktatur haben sie jedoch nicht beigetragen. Gewiß haben auch Mitglieder von Blockparteien, wie selbst viele Mitglieder der SED, an den Demonstrationen aller Bevölkerungsschichten im Herbst 1989 teilgenommen. Die Blockparteien traten jedoch im Verlauf der Wende-Ereignisse als Parteien überhaupt nicht in Erscheinung. Für sie war die Anpassung an die jeweiligen Machtverhältnisse längst zur selbstverständlichen Verhaltensnorm geworden. Für sie gab es bis zuletzt keine „Infragestellung des SED-Machtmonopols“ [→ Expertise Papke]. Diejenigen Kräfte, die das anstrebten, mußten sich ihre eigenen Strukturen schaffen.

4.8.3. *Mitglieder und Funktionäre, Motive für die Mitgliedschaft*

Die Instrumentalisierung der Blockparteien durch die SED war so angelegt, daß sie von ihren Mitgliedern zumeist nicht vollständig durchschaut wurde. Da alle personalpolitischen Entscheidungen mit der SED abgestimmt wurden, haben jedoch die Funktionäre der Blockparteien, bis zur Kreisebene hinab, im Wissen um die tatsächlichen Zusammenhänge die ihnen zugeteilte Rolle im Sinne der SED gespielt. Dies gilt erst recht für den enorm aufgeblähten Apparat der hauptamtlichen Funktionäre.

Nachdem die „bürgerlichen“ Parteien der SBZ/DDR ihren demokratischen Charakter verloren hatten und das Blockparteiensystem etabliert worden war,

haben viele Mitglieder diese Parteien verlassen. Andere zogen sich zurück oder flüchteten in den Westen. Wer später in diese Parteien eintrat, tat dies häufig im Zusammenhang mit unpolitischen Erwägungen, etwa um als Handwerker eine Gewerbeerlaubnis zu erhalten oder um Karriere bis zu einer mittleren Leitungsstufe machen zu können. Viele der neuen Mitglieder wollten einfach das in der DDR geforderte gesellschaftliche Engagement nachweisen können, ohne in die SED einzutreten. Dabei war von Anfang an klar, daß Mitglieder von Blockparteien nicht in Spitzenämter gelangen oder wichtige Leitungspositionen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft erreichen konnten. So entschieden eben häufig Karrierewünsche, als Teil eines verbreiteten Anpassungssyndroms, über den Eintritt in eine bestimmte Partei.

4.8.4. *Herausforderungen für Christdemokraten und Liberale nach der Vereinigung mit den entsprechenden Blockparteien*

Nach der Vereinigung der christdemokratischen und der liberalen West- mit den entsprechenden Ostparteien stellt sich heute auch für CDU und die F.D.P. die Frage nach der politischen Mitverantwortung der Blockparteien für die Politik des SED-Regimes. Nicht nur die SED-Nachfolgepartei PDS muß sich offen mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen, auch Christdemokraten und Liberale müssen sich der Herausforderung stellen, die Geschichte der Blockparteien ohne Scheuklappen aufzuarbeiten – eine Geschichte, die nun Teil der Gesamtgeschichte von CDU und F.D.P. geworden ist. Aufschlußreich sind hierbei die Unterschiede zwischen den Aussagen in den Reden von Lothar de Maizière im Dezember 1989 und auf dem Vereinigungsparteitag im Oktober 1990. Vor allem bedürfen noch die personellen, organisatorischen und finanziellen Kontinuitäten zwischen den ehemaligen Blockparteien sowie CDU und F.D.P. der kritischen Analyse. Insbesondere ist den Fragen nachzugehen, wo und inwieweit diese beiden Parteien bis heute von Privilegien der nun mit ihnen zusammengeschlossenen Blockparteien profitieren, die diese in der DDR genossen haben, und welche Auswirkungen die weitgehende personelle Kontinuität bei der Besetzung von Ämtern in den neuen Bundesländern mit Mitgliedern aus den ehemaligen Blockparteien hat. Die Beantwortung dieser Fragen wird darüber Aufschluß geben, ob die Mitverantwortung der Blockparteien für Politik und Dauer des SED-Regimes wirklich ernst genommen wird.“

5. *Umgestaltung und Instrumentalisierung der Wirtschaft*

Die Rolle der Wirtschaft in der vierzigjährigen Geschichte der DDR, die Bedeutung ökonomischer Faktoren bei ihrem Untergang und bei den Folgen der SED-Diktatur ist zweifellos ein entscheidendes Problemfeld. Die Untersuchungen der Enquete-Kommission zur Wirtschaft der DDR mußten

sich auf die Formen, Wege und Konsequenzen ihrer Umgestaltung zu einer zentralistisch-administrativen Planwirtschaft sowie ihrer Instrumentalisierung für die Ziele der SED-Diktatur konzentrieren. Somit konnten nicht alle Aspekte der DDR-Wirtschaft erfaßt werden: ihre signifikanten Wesenszüge wurden jedoch deutlich herausgearbeitet. Wichtige Fragestellungen waren zum einen die Zielsetzung und die Methoden der Umgestaltung der Eigentums- und Lenkungsordnung in der Wirtschaft [→ Expertisen Weber, Gutmann, Mühlfriedel, Buck, Bericht Wolf/Sattler], zum anderen die Mechanismen und Auswirkungen ihrer Instrumentalisierung [→ Protokoll Nr. 27].

Die Zentralverwaltungswirtschaft war die ökonomische Grundlage der SED-Diktatur: Die Verfügung über Produktionsmittel und Produkte sicherte das Machtmonopol der SED und machte die Bürger, denen Lebenschancen und Konsummöglichkeiten – im Rahmen des in diesem System Produzierbaren – zugeteilt wurden, zu Abhängigen der Partei- und Staatsmacht. Indem die Partei bestimmte knappe Güter oder Privilegien als Gratifikationen vergeben oder auch verweigern konnte, machte sie Menschen zusätzlich steuerbar [→ Expertise Gutmann].

Die Beseitigung des „Privateigentums an Produktionsmitteln“ war die wirtschaftliche Grundlage für den Aufbau des „realen Sozialismus“ in der DDR. Ausgehend von den ideologischen Vorstellungen des Marxismus-Leninismus erfolgte die Enteignung der sogenannten „Großkapitalisten“, „Kriegsgewinnler“ sowie der „Junker und Barone“, die Verstaatlichung der mittleren und kleineren Betriebe und die Kollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe. Die weitgehende Verdrängung des privaten Einzelhandels und die zwangsweise Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks belegen zusätzlich die weitgehende Durchsetzung des angeblichen Volkseigentums an den Produktionsmitteln [→ Expertisen Mühlfriedel, Weber, Buck].

Bis Anfang der fünfziger Jahre erfolgte der komplette Aufbau eines nach sowjetischem Vorbild gestalteten Systems der zentralen staatlichen Planung, Leitung und Kontrolle. Die SED beanspruchte die Führungsposition in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dies schloß ein, daß die wirtschaftspolitischen Ziele (hinsichtlich Produktion und Verteilung von Gütern und Leistungen, des Einsatzes an Arbeitskräften und Produktionsmitteln) von den zuständigen Parteigremien beschlossen und gemäß diesen Vorgaben von der staatlichen Verwaltung umgesetzt wurden. Die Wirtschaftspolitik der SED wurde vermittelt der Fünfjahrpläne und der Jahresvolkswirtschaftspläne durchgesetzt. Die SED bediente sich hierzu eines umfassenden, hierarchisch gegliederten Apparates. Parallel zu den eigentlichen Planungsinstitutionen (Staatliche Plankommission, Industrie- und sonstige wirtschaftsleitende Ministerien und Ämter, Vereinigungen Volkseigener Betriebe (bis 1979), Kombinate (ab 1979) und Volkseigene Betriebe) schuf sie ein weitgefächertes Kontrollinstrumentarium: Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf allen Ebenen, die „Zentrale

Kommission für staatliche Kontrolle“, die „Staatliche Finanzrevision“ und die „Staatliche Bilanzinspektion“ [→ Expertise Gutmann].

Die Umgestaltungsmaßnahmen von 1945 bis 1949 und die endgültige Etablierung eines Wirtschaftssystems zentraler Planung, Lenkung und Kontrolle nach sowjetischem Vorbild in den Jahren danach bargen den Keim der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands in sich. Sie schlossen weiterhin eine völlige Neuorientierung der Außenwirtschaftsbindungen gegenüber der Vorkriegszeit ein. Nicht zuletzt durch den sowjetischen Zugriff auf wichtige Teile der ostdeutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit den Reparationsleistungen (Bildung der SAG) entwickelte sich die Eingliederung der DDR-Wirtschaft in das sowjetisch dominierte Wirtschaftsgebiet des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem die DDR im September 1950 beitrug [→ Expertise Baar/Matschke]. Es galt das absolute staatliche Außenwirtschaftsmonopol. Der herrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin folgend, aber auch unter dem Eindruck der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens im Jahre 1960 und angesichts westlicher Embargomaßnahmen wurde zeitweilig eine „Störfreimachung“ der DDR-Wirtschaft, d. h. Unabhängigkeit und vollständige Abkopplung vom westlichen Weltmarkt, dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW), versucht. Nicht zuletzt trugen der Mauerbau im August 1961 und der Ausbau der Grenzanlagen zur weiteren Abschottung und selbstgewählten Isolierung der DDR bei. Das von ihr ausgebildete Preis- und Produktionsgefüge konnte wohl im RGW angesichts mangelgeprägter Verteilungs- und Verhaltensmechanismen funktionieren, war jedoch in keiner Weise weltmarktkompatibel [→ Expertise Schüller].

Schwerpunkte wurden zentral, d. h. im Zentralkomitee der SED bzw. in Abstimmung mit diesem in den Industrieministerien, gesetzt. Das geschah nach politischen Zielvorgaben und führte u. a. zur Verschleuderung von Investitionen, da letztlich in keinem Fall der Weltstandard erreicht werden konnte (Beispiele Flugzeugbau, Robotertechnik, Mikroelektronik/Rechentechnik, Energieträgerumstellung). Die Pläne wurden zentral – vorwiegend nach politischen Kriterien – festgelegt und über das hierarchisch gegliederte Leitungssystem bis zu den Betrieben verbindlich durchgesetzt. Scheinbar demokratische Mechanismen der Vorbereitung und Durchführung der Pläne (Plandiskussion, Gegenpläne, Sozialistischer Wettbewerb, „Aktivisten“-Initiativen u. ä.) veränderten nicht den zentralistisch-administrativen Charakter der Planung und Leitung. Häufig (in den achtziger Jahren regelmäßig) erfolgten während der Plandurchführung „Präzisierungen“ der Pläne (nach unten), obwohl sie „Gesetz“ waren. Damit war die sozialistische Volkswirtschaft im Vergleich zum „Weltniveau“ vor allem durch relativ ineffektive Technologien, hohen Energie- und Materialeinsatz, umweltbelastende, verbürokratisierte Produktionsbedingungen und unzureichendes Marketing gekennzeichnet [→ Protokoll Nr. 27].

Durch Privilegien der unterschiedlichsten Art, finanziert aus Mitteln, die

der Wirtschaft entzogen und entsprechend verteilt wurden, sicherte sich die Partei die Loyalität der Angehörigen der Herrschaftselite auf allen Ebenen von Planung und Kontrolle. Die Einbindung der übrigen Bevölkerung in die Herrschaftsstrukturen von Partei und Staat sollte erreicht werden durch ein von der Partei gesteuertes kollektives Sicherungssystem versorgungs- und sozialpolitischer Art, wobei der einzelne einer lückenlosen administrativen Zuteilung von Lebenschancen unterworfen wurde. Dieses Versorgungs- und Fürsorgesystem umfaßte die formale Sicherheit eines Arbeitsplatzes, die Lenkung beruflicher Karrieren und Qualifikationen, die Versorgung mit subventioniertem Wohnraum, die Subvention von Konsumgütern des Grundbedarfs, der Verkehrstarife und der Dienstleistungen. Das letztlich gescheiterte Honecker-Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ist als ein Versuch in diese Richtung zu deuten [→ Buck, Protokoll Nr. 27]. Da die Verteilungsmechanismen nicht am Markt, also am tatsächlichen Bedarf, orientiert waren, blieb das Prinzip der „Mangelsteuerung“ funktionsfähig. Es entstand eine umfangreiche Schattenökonomie (Handel mit Mangelprodukten, Forumschecks und „Westgeld“).

Die wirtschaftlichen Ursachen für den Zusammenbruch des Systems zentraler Planung, Leitung und Kontrolle sind in diesem System selbst, in seinem ideologischen Gesamtanspruch und in seinen Konstruktionsfehlern zu finden. Ein entscheidender Schritt zur Instrumentalisierung der Wirtschaft der SBZ/DDR war die Umgestaltung der Eigentumsordnung, aus der wiederum charakteristische Defizite, z. B. die Innovationsfeindlichkeit, resultierten. Ein wesentlicher Konstruktionsfehler lag in dem für dieses System nicht zu lösenden Problem der Informationsgewinnung und -verwertung [→ Expertise Gutmann]. Zentrale Planung setzt grundsätzlich ein in der Wirklichkeit nicht erreichbares zentrales Wissen über die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft und die Bedürfnisse des Marktes voraus. In der DDR wurde versucht, dieses Problem durch einen Katalog von Kennziffern zu lösen. Gleichzeitig sollten durch sogenannte Hebel der materiellen Interessiertheit bzw. der wirtschaftlichen Rechnungsführung Anreize zu planentsprechendem Verhalten geschaffen werden. Insgesamt traten die Funktionsfehler seit dem Ende der sechziger Jahre, als intensives Wirtschaftswachstum immer notwendiger wurde, deutlicher als in der Anfangsphase in Erscheinung.

Der im Interesse der Sicherung des „Volkseigentums“ an Produktionsmitteln gezielt dezimierte private Handels-, Handwerks- und Dienstleistungssektor [→ Expertisen Buck, Mühlfriedel] verstärkte die Mangelprägung im wirtschaftlichen Bereich. Andererseits erforderten Steuerungs-, Verteilungs- und Kontrollmechanismen die allseitige Bürokratie, die in Ergänzung zu gegebener Ineffizienz und zum allgegenwärtigen Sicherheitsapparat erhebliche Beschäftigungsanteile erzeugte. Hieraus (aber auch aus der Arbeitsplatzgarantie selbst

bei geringer Produktivität) ergab sich eine erhebliche „verdeckte“ Arbeitslosigkeit.

Die Planungstätigkeit auf Betriebsebene erbrachte eine durchgängig „weiche“ Planung, d. h. eine möglichst niedrige Ansetzung der eigenen Produktionsangebote, um die voraussehbaren Mindestanforderungen und Risiken – z. B. bei der Bereitstellung von Zulieferungen – niedrig zu halten und die Erfüllung der Pläne sicherzustellen [→ Expertise Gutmann]. Die Produktion war in vielen Bereichen durch monatliche Diskontinuität gekennzeichnet: Am Monatsanfang trat (sofern nicht noch für die bereits gemeldete Planerfüllung des Vormonats gearbeitet wurde) wegen Materialmangels Arbeitsausfall auf (ohne daß etwa nicht „gearbeitet“ wurde), und am Monatsende wurden (bezahlte) Überstunden erforderlich und Arbeitskräfte der „nicht produzierenden Bereiche“ (z. B. auch aus Forschung und Entwicklung) in „die Produktion“ abgestellt [→ Protokoll Nr. 27].

Das Verfahren der Preisbildung und der Leistungsabrechnung durch Plankennziffern führte dazu, daß die Betriebe in dem Bestreben, hohe Arbeitsergebnisse abzurechnen, an der hohen Ansetzung ihrer Kosten und Leistungen interessiert sein mußten [→ Expertise Gutmann]. Dies führte zu einer in der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz erheblichen, von außen gleichwohl kaum einschätzbaren künstlichen Wertaufblähung, die die wirtschaftliche Leistungskraft der DDR schönte und bis zu der Fehleinschätzung führen konnte, die DDR nehme in der Reihe der Industriestaaten den zehnten Rang ein [→ Expertise von der Lippe].

Einer der wesensbedingten Mängel dieses Systems war dessen Innovationsfeindlichkeit. Ein wirtschaftspolitisches Hauptziel bestand in den beiden letzten Jahrzehnten darin, technischen Fortschritt durch schwerpunktmäßige Investitionen bei wechselnden Schlüsselindustrien, verbunden mit teilweise außerordentlich hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung durchzusetzen. Einerseits wurden wissenschaftliche Einrichtungen mit erheblicher zentraler staatlicher Förderung weitgehend in Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für die Industrie einbezogen (z. B. Akademie der Wissenschaften, Universitätsinstitute). Andererseits hemmten auch hier Bürokratie (Entwicklungsstufen mit Berichten und Kontrollen) und politisches Mißtrauen schnelle und hochwertige Neuentwicklungen. Aktuelle Fachliteratur zu beziehen oder Gespräche mit NSW-Betrieben auf der Leipziger Messe zu führen, war nur ausgewählten Kadern nach besonderer Verpflichtung und mit anschließender Berichterstattung erlaubt.

Technischen Fortschritt einzuführen, brachte zudem auf betrieblicher Ebene das Risiko der Planverfehlung mit sich, mit möglichen Konsequenzen persönlicher und materieller Art. Darüber hinaus war auch der den technischen Fortschritt vorantreibende internationale Wettbewerb systembedingt nicht vor-

handen, weder in der DDR selbst noch – wegen weitgehender ökonomischer Abschottung nach Westen – außenwirtschaftlich [→ Expertise Schüller].

Die ideologisch legitimierte, quasi kostenlose Nutzung der Umwelt durch die Betriebe stellte eine Ressourcenverschwendung größten Ausmaßes mit teilweise bis heute nachwirkenden katastrophalen Folgen dar. Die Umwelt nahm im wirtschaftlichen Zielkatalog der Partei- und Staatsführung keinen nennenswerten Platz ein [→ Expertise Jordan].

Der Zusammenbruch der zentralen staatlichen Planung, Leitung und Kontrolle der Wirtschaft war aufgrund ihrer Konstruktionsfehler und des daraus hervorgehenden Entwicklungsverlaufs vorprogrammiert. Reformansätze in der DDR und in anderen Ostblockstaaten zeigten, daß diese Systemmängel ohne gleichzeitige Änderung auch des politischen Systems nicht entscheidend zu korrigieren waren.

6. *Die Medien als Herrschaftsinstrument der SED*

Die Medien spielten als Instrument des „Klassenkampfes“ im Systemwettbewerb eine bedeutende Rolle. Ihre Funktionen als Herrschaftsinstrument der SED, deren Bemühen, ein Meinungs- und Informationsmonopol zu errichten, sowie die Haltung der Journalisten sind in mehreren Expertisen untersucht worden [→ Expertisen Holzweißig, Diller, Ludes, Müller II].

Obwohl es in der DDR im Unterschied zu anderen Ländern des sowjetischen Einflußbereiches keine institutionalisierte Zensurbehörde gab, funktionierten die Steuerungsmechanismen des SED-Zentralkomitees zur „Anleitung“ der Medien reibungslos. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die auf vielfältige Weise betriebene Manipulation und versuchte Indoktrination der Bevölkerung auch die erwünschten Ergebnisse erbracht hätten. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen hatten durch ihre durchsichtige Manipulation von Information nur noch mittelbar eine Bedeutung für die Meinungsbildung. Die Nachricht als Halbwahrheit ist in der DDR zur Norm geworden. Nur durch das Lesen zwischen den Zeilen, vor allem aber in Verbindung mit Informationen aus westlichen elektronischen Medien, deren Kenntnis die offizielle Medienpolitik zunehmend voraussetzte, konnte das Geschehen im eigenen Staat einigermaßen nachvollzogen werden. Freiräume für die Journalisten gab es, ungeachtet anderslautender Feststellungen einiger westdeutscher Kommunikationswissenschaftler, nicht [→ Expertise Holzweißig]. DDR-Journalisten hatten sich – auch wenn sie nur Mitglied einer Blockpartei waren – als „Funktionäre der Partei der Arbeiterklasse“ zu verstehen. Selbständiges Denken mußte bei ihnen deshalb der „Schere im Kopf“ zum Opfer fallen.

Zur Deformation der Medienpolitik trugen die Generalsekretäre Ulbricht und Honecker maßgeblich bei. Insbesondere Honecker ließ es sich z. B. nicht nehmen, kurzfristig vor Sendebeginn der „Aktuellen Kamera“ Änderungswün-

sche übermitteln zu lassen – etwa als Reaktion auf die „heute“-Sendung des ZDF um 19.00 Uhr. Darüber hinaus redigierte er Kommentare für „Neues Deutschland“, das FDJ-Organ „Junge Welt“ oder politisch besonders brisante Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur ADN. Wie aus internen Vermerken, aber auch gelegentlich aus öffentlichen Verlautbarungen hervorgeht, wußten sowohl Ulbricht als auch Honecker, daß die von ihnen permanent geforderte „Massen- und Lebensverbundenheit“ der Medien eine Schimäre war. Einerseits verlangten sie auch kritische Berichterstattung über Mißstände und Probleme an der Basis, andererseits mußten aber die Probleme als lösbar dargestellt werden, was meist unmöglich war. Außerdem galt für jede Redaktion das strikte Gebot, den „feindlichen Medien“ keine Ansatzpunkte zur „Diversion“ zu liefern.

Die angestrebte „Massenverbundenheit“ der Medien geriet vor allem deshalb zur Farce, weil die von ihnen gleichgeschaltete veröffentlichte Meinung im krassen Gegensatz zu den Alltagserfahrungen der meisten DDR-Bewohner stand. Auch deshalb vertrauten sie mehr dem Informationsgehalt der westlichen elektronischen Medien, die von bis zu 90 Prozent der Bevölkerung der DDR regelmäßig eingeschaltet wurden. Die Einschaltquoten der Nachrichten- und Informationssendungen des DDR-Fernsehens lagen dagegen häufig deutlich unter 10 Prozent. Anfang 1988 ermittelte das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung, daß nur 4 Prozent der befragten Jugendlichen eine volle Übereinstimmung der gewonnenen Informationen aus DDR-Medien mit ihren Lebenserfahrungen bestätigen konnten. Derartige Untersuchungen verdrängten die Medienverantwortlichen und verschlossen sie in ihren Panzerschränken.

Die Grundstruktur der Zeitungslandschaft entstand kurz nach dem Kriege nach Maßgabe der sowjetischen Besatzungsmacht. Seit Anfang der fünfziger Jahre gab es insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der 39 Tageszeitungen kaum noch Veränderungen, weil die Lizenzträger ausschließlich Parteien und von der SED gelenkte Massenorganisationen sein durften. Der Anteil der SED-Presse an der Gesamtauflage aller Tageszeitungen belief sich auf über 90 vH; den 18 Zeitungen der Blockparteien wurden 8,6 vH (834 000 Exemplare) zugestanden. Der prinzipielle Ausschluß von privaten Verlegern machte die in der Verfassung gewährleistete Pressefreiheit zur Makulatur.

Die Medien als Propagandainstrument gaben vor, was offiziell zu denken und zu sagen war. Die Vorgaben der Medien sollten eigene Urteile vermeiden, die Wiedergabe schütze etwa auch vor „Abweichungen“.

Hörfunk und Fernsehen waren nur der Form nach staatlich organisiert. Die Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen unterstanden tatsächlich der Medienbürokratie im SED-Zentralkomitee. In einem Bericht über die Kaderentwicklung im Rundfunk aus dem Jahre 1961 hieß es: „Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks ... Nur die besten, unserer Partei und Regierung

treu ergebenden Mitarbeiter wurden übernommen ... Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht“ [→ Expertise Müller II]. Daß dies bis 1989 praktiziert wurde, läßt sich an den Schicksalen von in Ungnade gefallenem Rundfunkjournalisten illustrieren. Über das Fernsehen als Herrschaftsinstrument der SED mit dem von der Partei verlangten Berufsprofil für Mitarbeiter des Fernsehens wird konstatiert: „Vertraulich weitergegebene Informationen betonten, daß vor allem die Redaktion der ‚Aktuellen Kamera‘ zu ‚schillernden Leistungsträgern der Speichelleckerei in der Stalin/Honecker-Ära‘ gehörte“ [→ Expertise Ludes].

Abgesehen von den bereits erwähnten Eingriffen der Generalsekretäre, waren die jeweiligen ZK-Sekretäre für Agitation für die Exekution der Medienpolitik verantwortlich. Von 1978 bis 1989 war dies Joachim Herrmann, ein Gefolgsmann Honeckers, der weder im Parteiapparat noch unter den Journalisten Sympathie genoß. Ihm zur Seite stand der seit 1973 amtierende Heinz Geggel als Leiter der Abteilung Agitation, der eigentlichen Schaltzentrale der SED-Medienbürokratie. Die Sektoren Presse und Rundfunk/Fernsehen dieser Abteilung werteten systematisch die elektronischen und Printmedien nach ideologischem Fehlverhalten aus und wachten darüber, daß die zahlreichen telefonisch, fernschriftlich und mündlich auf den sogenannten „Donnerstags-Argus“ mit den SED-Chefredakteuren ausgegebenen „Empfehlungen“ strikt beachtet wurden.

Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats war gleichsam der Transmissionsriemen der ZK-Abteilung Agitation für die Anleitung der Blockparteizeitungen, die Überwachung der Lizenzbestimmungen und die Koordination der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem oblag dem Presseamt die Vorzensur der Kirchenzeitungen. Sie mußten im Gegensatz zu allen anderen Presseerzeugnissen vor der Drucklegung von einem staatlichen Zensor begutachtet werden. Aus einer Dissertation, mit der der langjährige Leiter des Presseamts, Kurt Blecha, an der Juristischen Hochschule des MfS promoviert wurde, sind erstmals detailliert die perfiden Methoden bekannt geworden, mit denen die Kirchenpresse diszipliniert und schikaniert wurde [→ Expertise Holzweißig]. Die Zensoren im Presseamt rechtfertigten im übrigen in nicht nachvollziehbarer formalistischer Weise ihre Tätigkeit damit, daß die Kirchenzeitungen, die nicht am Kiosk verkauft werden durften, erst nach ihrer Freigabe durch das Presseamt vom Postzeitungsvertrieb den Abonnenten zugestellt wurden.

Die Verantwortung für die Medienpolitik lag zwar bei der Führung der SED, doch war die große Mehrzahl der Journalisten bereit, deren Weisungen und Vorgaben zu akzeptieren. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Methoden der SED-Medienpolitik den bekannten Praktiken totalitärer Diktaturen entsprachen.

7. *Militarisierung der Gesellschaft und die Rolle der „bewaffneten Organe“*

Die Militarisierung von Staat und Gesellschaft sowie ihre Funktion der Herrschaftsstabilisierung gegenüber der Bevölkerung bildeten in der Arbeit der Enquete-Kommission keinen eigenen Untersuchungsbereich. Während Entstehung und Entwicklung der paramilitärischen Organisationen („Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, Gesellschaft für Sport und Technik, Reservistenkollektive, Zivilverteidigung), ihr ideologischer Erziehungsauftrag und ihre wehrsportliche Ausbildungsaufgabe im wesentlichen bekannt sind, bedarf die aggressive Indoktrination in zivilen Lebensbezügen, die häufig auch auf militärische Denkmuster zurückgriff, noch einer genaueren Analyse. Dabei ist im Hinblick auf die alltägliche Beeinflussung durch Feindbilder besonders zu berücksichtigen, daß bereits die Kinder im Vorschulalter zum Haß auf die „Feinde der DDR“ erzogen und die ideologische Beeinflussung sowie die Bereitschaft zur „sozialistischen Landesverteidigung“ in allen Lebensphasen kontinuierlich gefördert wurden. Während jedoch die institutionalisierten Formen der Wehrerziehung in den Schulen, in den Pionierorganisationen und in der FDJ sowie am Arbeitsplatz für die Betroffenen in den meisten Fällen eine vorübergehende Erfahrung gewesen sein dürfte, sind die langfristigen Wirkungen der zielgerichteten Vermittlung von Feindbildern in zivilen Bereichen (Medien, spezielle Publikationen für Kinder und Jugendliche, Liedgut, organisierte Freizeitgestaltung) und die Bedeutung der Nachahmung militärischer Rituale im Schulalltag noch nicht ausreichend erforscht.

Aus den zwei vergebenen Expertisen kann folgendes zusammengefaßt werden:

– Rolle im Warschauer Pakt

Hinsichtlich der Rolle der bewaffneten Organe ist zwischen einer äußeren, sicherheitspolitischen und einer inneren, herrschaftspolitischen Funktion zu unterscheiden. Die Eingliederung der NVA in die Verteidigungskonzeption des Warschauer Paktes ist ein weitgehend erforschtes Gebiet. Die NVA unterstand jedenfalls zu keinem Zeitpunkt dem nationalen Oberbefehl, sondern war stets dem Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt, das von den Richtlinien der sowjetischen Militärführung bestimmt wurde und sich auf alle wesentlichen Bereiche von Aufbau, militärische Planung, Ausbildung, Logistik und Bewaffnung erstreckte [→ Expertise Lapp]. Auch die Militärdoktrin des Warschauer Bündnisses wurde in Moskau formuliert.

– Politisierung der NVA

In den „bewaffneten Organen“ unterlagen alle Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung der Kontrolle der SED, die von Beginn an jede Führungsposition von Beginn an fast ausschließlich durch ihre Mitglieder besetzte. Große Bedeutung hatte die ideologische Erziehung der NVA-

Angehörigen zu „sozialistischen Soldatenpersönlichkeiten“ durch Politoffiziere, die der Politischen Hauptverwaltung unterstanden. Das Ministerium für Staatssicherheit besaß mit der „Verwaltung 2000“ eine eigene Diensteinheit in der NVA, mit deren Hilfe sie die Armee flächendeckend durch offizielle und inoffizielle Mitarbeiter überwachte sowie vor allem die Kontakte der NVA-Angehörigen im In- und Ausland kontrollierte [→ Expertise Lapp]. Die innere Struktur der NVA war gekennzeichnet durch eine streng autoritäre, auf Befehl und absolutem Gehorsam ausgerichtete Hierarchie.

– Wehrrersatzdienst

Zwei Jahre nach Einführung der Wehrpflicht (1962) wurden vor allem auf Druck der Kirche Baueinheiten geschaffen, die die Einbindung derjenigen jungen Männer in die Armee gewährleisten sollten, die den Einsatz mit der Waffe „aus religiösen Anschauungen oder ähnlichen Gründen“ ablehnten. Von einem zivilen Ersatzdienst konnte jedoch keine Rede sein. Die Bausoldaten waren fest in das militärische System eingebunden und hatten ein Gelöbnis auf Staat und Partei abzulegen; sie erfüllten Aufgaben, die z. T. auch militärische Relevanz hatten. In vielen Fällen mußten die Bausoldaten erhebliche Behinderungen und Einschränkungen in ihrer beruflichen Karriere hinnehmen. Überdies gab es keine öffentliche Information über die Möglichkeit, Bausoldat zu werden. Man erfuhr es nur durch Betroffene oder die Kirche.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Friedensbewegung in der DDR stieg die Zahl der Bausoldaten in den achtziger Jahren erheblich an [→ Expertise Koch]. Die Wehrdienstverweigerung wandelte sich im Gegensatz zur religiösen Begründung immer mehr zu einem Ausdruck oppositionellen Verhaltens.

– Weiterer Forschungsbedarf

Die Kommission konnte sich mit dem Thema der Militarisierung nur anhand zweier Expertisen beschäftigen und verweist auf die in der Forschung noch zu behandelnden Bereiche:

- Kasernierte Volkspolizei (KVP) als Vorläuferin der Nationalen Volksarmee (NVA)
- „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ bzw. Betriebskampfgruppen und ihre Aufgaben als Miliz sowohl für Aufgaben innerhalb der DDR als auch in den Einsatzplänen für den Ernstfall außerhalb der DDR
- Rolle der Zivilverteidigung
- Rolle und Aufgaben der Grenztruppen der DDR in ihren verschiedenen Organisationsformen
- Rolle und Aufgaben der Verbände des Ministeriums des Innern (Bereitschaftspolizei, Feuerwehr, Strafvollzugseinheiten)
- Baueinheiten der NVA, Diskussion über den Wehrrersatzdienst

- System der Reservistenverbände
- militärischer Strafvollzug
- Rolle der Militärattachés der DDR und Einsatz von Experten im militärischen und polizeilichen Bereich von Entwicklungsländern

Zu den Themen, die in der Enquete-Kommission ebenfalls nicht hinreichend behandelt werden konnten, gehören vor allem die Beteiligung der NVA am Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR 1968 und entsprechende Vorbereitungen für einen Einmarsch in Polen 1981. Darüber hinaus bedarf insbesondere das übergeordnete Thema der Militarisierung der Gesellschaft noch der weiteren Bearbeitung. Dabei ist insbesondere auch die Wehrerziehung in schulischen Einrichtungen [→ Expertise Margedant, II. Themenfeld] und in der FDJ sowie durch die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) zu berücksichtigen. Ferner sollte die Frage untersucht werden, ob und inwieweit die „Sozialisationsstufe NVA“ Einstellungen und Verhalten der NVA-Angehörigen geprägt und dadurch die Eingliederung in die sozialistische Gesellschaft gefördert oder behindert hat.

Hinsichtlich der Verantwortlichkeit ist festzustellen, daß die SED-Spitze auch die Politik der NVA bestimmte; deren Führung und das Offizierskorps trugen bis zum Oktober 1989 wesentlich und willentlich die entsprechenden Entscheidungen der Partei mit.

8. *Schluß*

Bei der Untersuchung von Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat konzentrierte sich die Enquete-Kommission vornehmlich auf die grundsätzliche Funktionsweise des politischen Systems, die Instrumente der Herrschaftssicherung sowie die Methoden und den Verlauf der „sozialistischen Umgestaltung“ in Wirtschaft und Gesellschaft. Der eng begrenzte Zeitrahmen der Kommissionsarbeit machte es erforderlich, auch innerhalb der genannten Bereiche zentrale Aspekte nur exemplarisch darzustellen, bestimmte Zeitphasen in der Entwicklung der Machtstrukturen hervorzuheben und die Frage der Verantwortung im wesentlichen auf die zentrale Entscheidungsebene zu beziehen. Einen ersten Schwerpunkt bildete im I. Themenfeld die Entstehung der SED-Diktatur in den späten vierziger und den frühen fünfziger Jahren sowie das strukturelle Beziehungsgeflecht ihrer wesentlichen Bestandteile (SED, MfS, Militärapparat, Blockparteien, Massenorganisationen). Unabhängig von diesen Akzentsetzungen ist zu berücksichtigen, daß die zugrundeliegenden Materialien auf einem im einzelnen unterschiedlichen Stand der Auswertung neuer zeitgeschichtlicher Quellen beruhen. Die Enquete-Kommission weist daher auf die Notwendigkeit der Vertiefung zahlreicher Teilergebnisse hin. Sie ist sich der Tatsache bewußt, daß die wissenschaftliche Erschließung neu zugänglicher Archivbestände erst vor einer relativ kurzen Zeit begonnen hat und

in den kommenden Jahren quellengestützte Arbeiten unsere Kenntnisse auch über die Machtstrukturen und deren Wirkung auf das Leben der Menschen in der DDR erweitern werden. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, daß die DDR-Forschung finanzielle und institutionelle Rahmenbedingungen erhält, die der politischen Bedeutung des Themas angemessen sind.

Aus der Arbeit der Enquete-Kommission ergeben sich eine Reihe offener Fragen zu deren Klärung die Erarbeitung spezieller Fallstudien empfohlen wird.

1. Rahmenbedingungen des politischen Handelns der SED: Darstellung von Inhalten und Methoden der sowjetischen Einflußnahme auf die staatliche Politik; Untersuchung des Bewegungsspielraums der SED-Führung; Fallstudien über die Anleitung von Partei- und Regierungsstellen; Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten.
2. Institutionengeschichtliche Untersuchungen: Tätigkeit und Verantwortlichkeit der Instanzen in Bezirken und Kreisen für die Verwirklichung zentraler Beschlüsse; Darstellung der vertikalen Befehlsstränge; Handlungsspielraum der nachgeordneten bürokratischen Apparate von Partei und Staat.
3. Funktionszuweisung und Funktionsweise: Differenz zwischen notwendigen pragmatischen Verhaltensweisen, die im Widerspruch zu Richtlinien und ideologischen Vorgaben standen (u. a. am Beispiel der Kaderarbeit); Entstehen informeller Entscheidungsstrukturen, die von einzelnen Funktionären dominiert wurden.
4. Zusammenhang von Ineffizienz und Stabilität: Folgen der strukturellen Systemmängel für die Arbeitsfähigkeit der einzelner Apparate; Ursachen für das langfristige Funktionieren des Gesamtsystems, obwohl wichtige Bestandteile ineffektiv arbeiteten und auch nicht jederzeit als zuverlässig beurteilt wurden (z. B. Mitgliedschaft der Blockparteien; Rezeption der Medien bei weitgehender inhaltlicher Ablehnung); Anpassung der Erwartungshaltung der Bevölkerung an die strukturelle Mangelsituation.
5. Zwang und Gehorsam: Darstellung der Einwirkungsmechanismen, die die Bereitschaft zur Anpassung förderten; Darstellung des Systems aus Vergünstigung und Sanktionierung; Umfang der direkten und indirekten staatlichen Verfügungsgewalt über die Bürger.
6. Alltagserfahrungen in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte (vgl. Konzept der Berliner Anhörung am 30. November/1. Dezember 1992).
7. Sozialwissenschaftliche Untersuchungsbereiche: Folgen einer systematischen und kontinuierlichen ideologischen Indoktrination; Verlauf und Bedeutung geistiger Anpassungsprozesse; unbewußte Aneignung von Denkmustern, die entweder in allmählicher Hinnahme oder durch Abgrenzung entstanden sind; Besonderheiten der Sozialisation.
8. Privatsphäre und Öffentlichkeit: Folgen für die politische Partizipationsbe-

reitschaft im politischen System des vereinigten Deutschland (Mitgliedschaft in Parteien und Bürgerinitiativen, Wahlbeteiligung); besonderes Staatsverständnis; gesteigerte Erwartungen an die staatliche Kompetenz für Problemlösungen und soziale Absicherung.

II. Themenfeld: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR

Inhalt

- a) Beratungsverlauf
 1. Öffentliche Anhörungen
 - 1.1 Öffentliche Anhörung am 12. Februar 1993 in Bonn zum Thema „Marxismus/Leninismus und die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR“.
 - 1.2 Öffentliche Anhörung am 5. März 1993 in Bonn zum Thema „Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR“.
 - 1.3 Öffentliche Anhörung am 16./17. März 1993 in Halle zum Thema „Die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“.
 - 1.4 Öffentliche Anhörung in Bonn am 26. März 1993 zum Thema „Wissenschaft und Technik in der DDR“.
 - 1.5 Öffentliche Anhörung am 4. und 5. Mai 1993 in Berlin zum Thema „Kultur und Kunst in der DDR“.
 - 1.6 Gemeinsame öffentliche Anhörung des Sportausschusses und der Enquete-Kommission am 21. Juni 1993 in Bonn zum Thema „Die Rolle des Sports in der DDR“.
- b) Bericht
 - Vorbemerkung
 1. Rolle und Bedeutung der Ideologie des Marxismus-Leninismus
 - 1.1 Marxismus-Leninismus
 - 1.1.1 Marxismus-Leninismus als Grundlage des SED-Staates
 - 1.1.2 Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Funktion des Marxismus-Leninismus
 - 1.1.3 Ideologie und Gesellschaft
 - 1.1.4 Zur Frage der Nachwirkungen
 - 1.2 Zur Rolle des Antifaschismus
 - 1.2.1 Zur Entwicklung des Antifaschismus
 - 1.2.2 Zur Funktion des Antifaschismus in der DDR
 - 1.2.3 Zur Frage der Nachwirkungen des „verordneten“ Antifaschismus und der Aufgabe historisch-politischer Bildungsarbeit
 - Rechtsextremismus
 - Die Haltung der SED zu Juden und Jüdischen Gemeinden
 2. Die soziale Umgestaltung in der SBZ/DDR